

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 68

Joachim Ragnitz

Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung strukturschwacher Regionen in Ostdeutschland

Sankt Augustin, August 2005

ISBN 3-937731-59-8

Redaktionelle Betreuung: Anna Müller

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Inhalt

1. Einleitung	7
2. Ostdeutschland 15 Jahre nach der Vereinigung: Mehr Schatten als Licht	9
3. Ostdeutschland 2020: Keine rasche Angleichung der Lebensverhältnisse zu erwarten	18
4. Politische Handlungsmöglichkeiten	38
5. Fazit	53
6. Anhang: Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in Ostdeutschland im Überblick	55
7. Weiterführende Literatur	60
8. Der Autor	62

1. Einleitung

Die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland ist ernst. Auch wenn es eine ganze Reihe ermutigender Zeichen gibt, wie das kräftige Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe oder die Neuansiedlung von Großunternehmen in Dresden oder Leipzig, muss konstatiert werden, dass die viel beschworene „Angleichung der Lebensverhältnisse“ nach wie vor in weiter Ferne liegt und für viele Regionen auch ein weiteres Zurückfallen nicht ausgeschlossen werden kann. Viele – gerade junge Menschen – ziehen daraus für sich die Schlussfolgerung, dass es besser wäre, ihr Glück anderswo zu suchen.

Den Ernst der Situation zu betonen heißt aber nicht, keine Hoffnung für die neuen Länder zu sehen. Wirtschaftliche Entwicklung ist kein unabänderliches Schicksal, sondern das Ergebnis politischer Rahmenbedingungen und daraus resultierender individueller Entscheidungen. Die Politik hat es daher in der Hand, die Weichen für ein Gelingen des Aufbau Ost doch noch richtig zu stellen – vorausgesetzt, sie bringt den Mut zu einer ungeschönten Lagebeurteilung auf und zieht hieraus die richtigen Schlussfolgerungen. Dabei ist es nicht ausreichend, allein auf eine Überwindung der gesamtdutschen Wachstumsschwäche zu vertrauen, denn angesichts der strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Wirtschaft sind noch für geraume Zeit spezifische Maßnahmen erforderlich, um die Wirtschaftskraft soweit zu stärken, dass die Transferabhängigkeit reduziert und die Beschäftigungssituation spürbar verbessert wird. Und dass dieses Ziel erreichbar ist, muss den Menschen glaubhaft vermittelt werden.

Mit der vorliegenden Arbeit sollen Ansatzpunkte für eine stärker auf die Belange des Ostens ausgerichtete Wirtschaftspolitik aufgezeigt werden. Hierzu wird zunächst die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland 15 Jahre nach der Vereinigung analysiert (Abschnitt 2) und hierauf aufbauend dann die wesentlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre skizziert (Abschnitt 3). Auch wenn die Lagebeurteilung auf den ersten Blick pessimistisch stimmen mag, dient dieser Teil vor allem dazu, Ansatzpunkte für wirtschaftspolitische Maßnahmen herausarbeiten zu können (Abschnitt 4). Ein knappes Fazit schließt den Beitrag ab (Abschnitt 5).

2. Ostdeutschland 15 Jahre nach der Vereinigung: Mehr Schatten als Licht

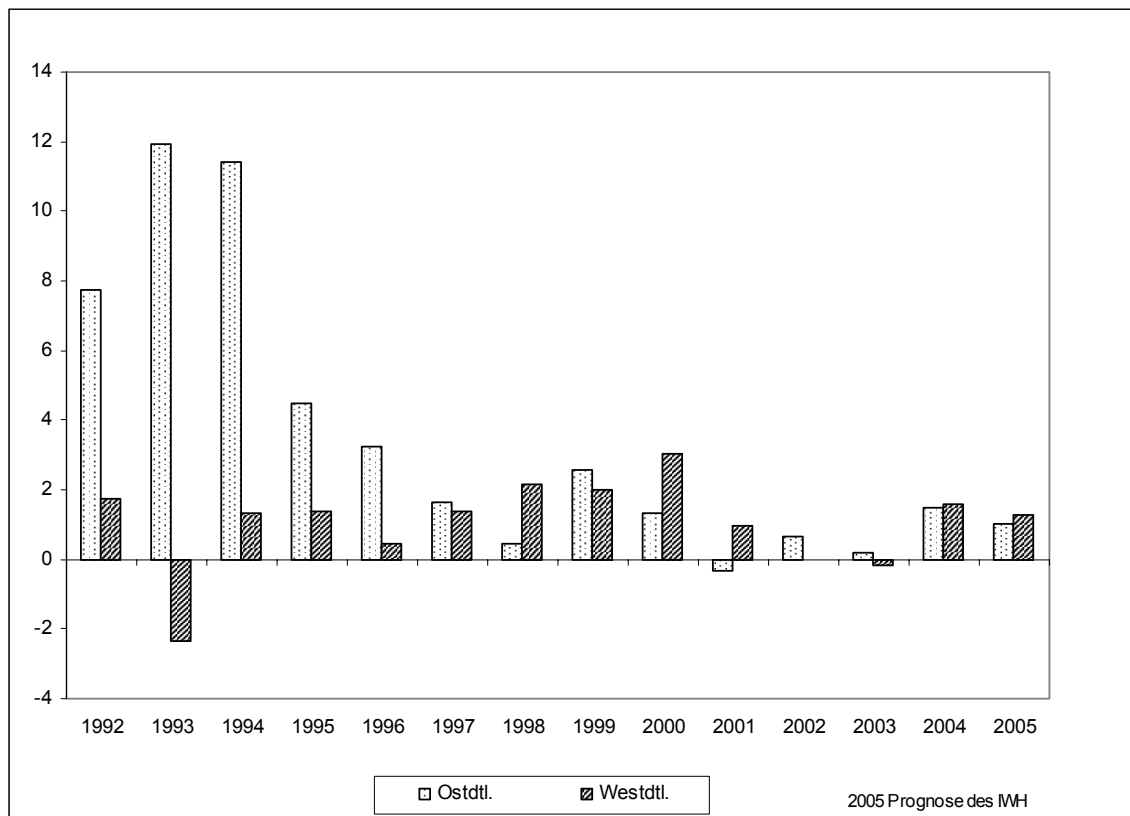
Das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland ist in den vergangenen Jahren – von leichten Schwankungen abgesehen – faktisch zum Erliegen gekommen. Seit 1995 – dem Jahr als der einigungsbedingte Bauboom zum Ende kam und die transformationsbedingten Effekte des Neuaufbaus von Produktionsstätten allmählich ausliefen – bleibt die Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft im Schnitt hinter jener Westdeutschlands zurück; in den vergangenen vier Jahren betrug die jährliche Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Schnitt nur noch 0,5 Prozent [(Westdeutschland: 0,6 Prozent) (vgl. Abbildung 1)]. Etwas positiver ist das Bild zwar, wenn man die sinkende Zahl der Einwohner berücksichtigt; gleichwohl stagniert auch das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als Maß für die eigene Wirtschaftskraft auf einem Niveau von nur gut 60 Prozent des westdeutschen Wertes. Nicht zuletzt wegen der schwachen Wachstumsdynamik kommt auch der Aufbau neuer Arbeitsplätze nicht voran – die Zahl der Erwerbstätigen hat seit Mitte der 90er Jahre um 6 Prozent abgenommen und heute stehen für 1.000 Einwohner nur noch rund 420 Arbeitsplätze zur Verfügung, während es in Westdeutschland 475 Arbeitsplätze sind. Noch dramatischer ist das Bild, wenn statt der Zahl der Erwerbstätigen das Arbeitsvolumen betrachtet wird, das seit 1995 um 13 Prozent abgenommen hat.¹ Dementsprechend kommt auch der Abbau der Unterbeschäftigung (einschließlich

¹ Allerdings liegt das Arbeitsvolumen je Einwohner in den neuen Ländern nur um knapp 6 Prozent unter dem entsprechenden Wert für Westdeutschland. Grund für den im Vergleich zur Zahl der Erwerbstätigen geringeren Abstand sind längere Arbeitszeiten in Ostdeutschland, was zum Einen auf entsprechende tarifvertragliche Regelungen zurückzuführen ist, zum Anderen aber auch auf die geringere Verbreitung von Teilzeitarbeit.

der Beschäftigung in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen) seit einigen Jahren nicht mehr voran; die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit beläuft sich auf rund 1,7 Mio. Personen (22,4 Prozent des Erwerbspersonenpotentials). Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, dass viele Menschen sich entmutigt aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben und deswegen statistisch nicht mehr als arbeitssuchend erfasst werden oder wegen ungünstiger Arbeitsmarkt- und Einkommensperspektiven einen Arbeitsplatz in den alten Ländern angenommen haben und nunmehr zwischen Ost- und Westdeutschland pendeln. Gemessen an den Erwerbswünschen der Menschen in den neuen Ländern dürfte das Arbeitsplatzdefizit² in Ostdeutschland also nochmals höher sein und sich derzeit auf wenigstens 2,1 Mio. Arbeitsplätze belaufen.

² Differenz zwischen Zahl der Erwerbspersonen (ohne stille Reserve) und Zahl der Erwerbstätigen am ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland (Inlandskonzept).

Abbildung 1: Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts (real)



Quelle: Arbeitskreis „VGR der Länder“, eigene Berechnungen.

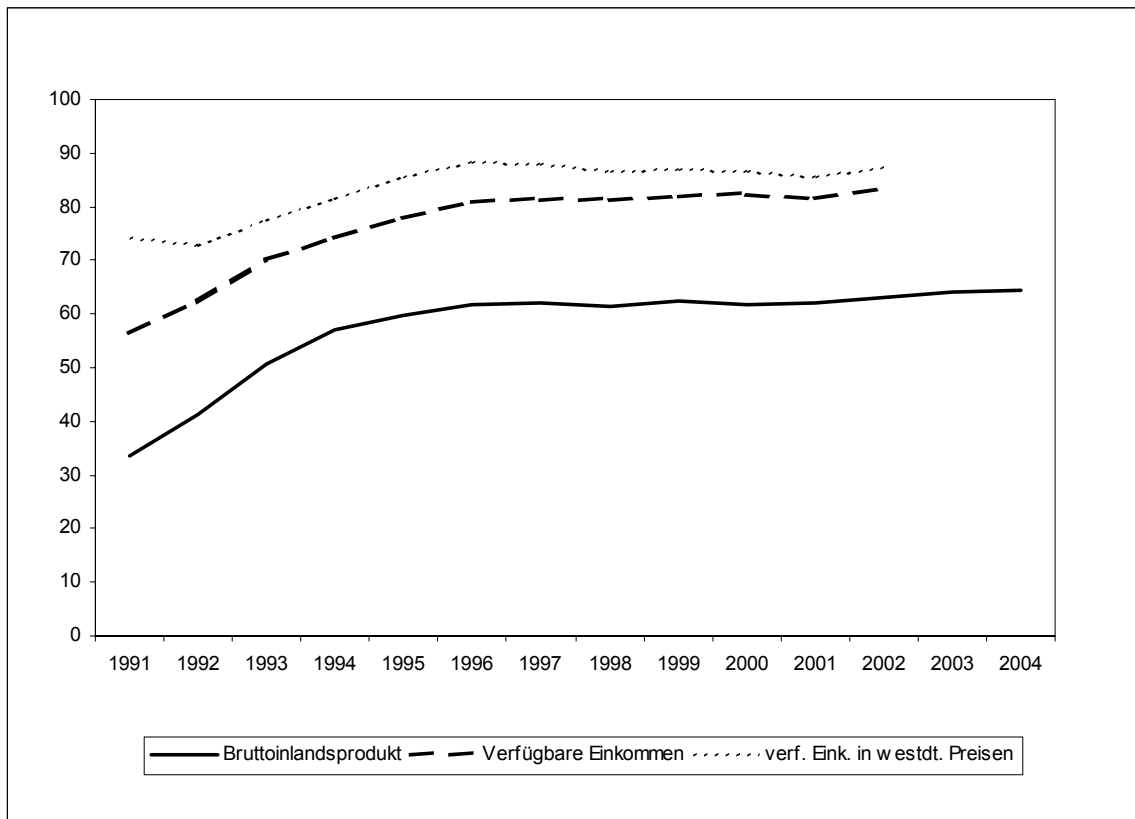
Allerdings geht es den Menschen in den neuen Ländern nicht schlecht – zumindest was die materiellen Lebensverhältnisse angeht. Die verfügbaren Einkommen je Einwohner liegen entsprechend den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei immerhin rund 83 Prozent des westdeutschen Durchschnittswertes und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Preisniveaus für viele regional gehandelte Güter – vor allem Mieten, aber auch viele haushaltsnahe Dienstleistungen – ist inzwischen sogar ein Angleichungsstand von mehr als 87 Prozent erreicht (vgl. Abbildung 2). Da die Einkommensspreizung in den neuen Ländern weniger stark ausgeprägt ist als in Westdeutschland, eine reiche Oberschicht also weitgehend fehlt, ist die Angleichung der Lebensverhältnisse für weite Teile der Bevölkerung längst

erreicht³ – allerdings nur um den Preis erheblicher Transferzahlungen von West nach Ost, die sich auf rund 70 Mrd. Euro pro Jahr belaufen und überwiegend zur Stützung des privaten Verbrauchs verwendet werden, sei es direkt über Lohnersatzleistungen und Rentenzahlungen oder indirekt über die Aufrechterhaltung eines überdurchschnittlich hohen Personalbestands im öffentlichen Sektor. Da ein Teil dieser Transfers wiederum für Käufe in Ostdeutschland ausgegeben wird, wäre ohne diese Zahlungen die Wirtschaftskraft in Ostdeutschland noch niedriger und läge nur bei rund 55 Prozent des westdeutschen Niveaus.⁴

³ Diese Tatsache ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt und wird auch von den (ostdeutschen) Medien weitgehend ignoriert. Offensichtlich bestehen in weiten Bevölkerungskreisen falsche Vorstellungen über das durchschnittliche Einkommensniveau in Westdeutschland (1.418 Euro/Monat und Einwohner) und Ostdeutschland (1.182 Euro/Monat und Einwohner). Zudem ist die Angleichung der verfügbaren Einkommen an das Westniveau in den vergangenen Jahren nahezu kontinuierlich vorangekommen, wenn auch zuletzt nur noch in verhältnismäßig kleinen Schritten.

⁴ Vgl. Lehmann, H./Ludwig, U./Ragnitz, J., Originäre Wirtschaftskraft der neuen Länder noch schwächer als bislang angenommen, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 5/2005, S. 134 -145.

Abbildung 2: Verfügbares Einkommen und BIP je Einwohner
– Westdeutschland = 100 –

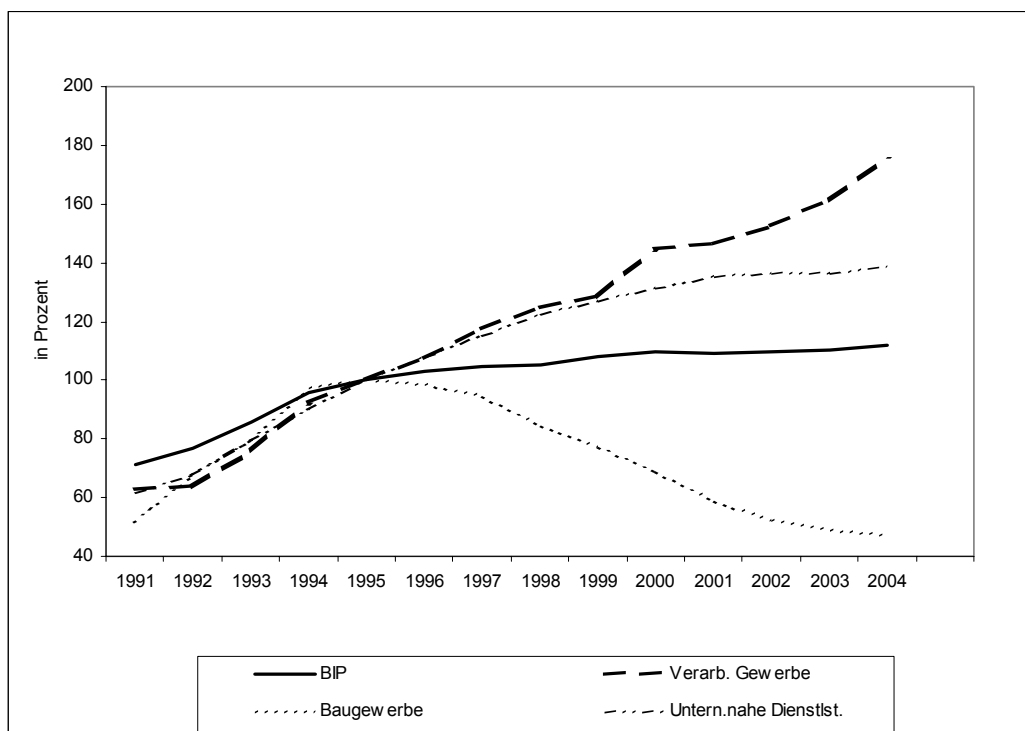


Quelle: Arbeitskreis „VGR der Länder“, eigene Berechnungen.

Diese eher pessimistische Lagebeschreibung darf indes nicht den Blick dafür verstellen, dass es auch positive Entwicklungen in den neuen Ländern gibt (Abbildung 3). Hierzu gehört vor allem die kräftige Expansion im Verarbeitenden Gewerbe – mit Zuwachsraten der Produktion in einer Größenordnung von zuletzt fast 9 Prozent. Seit 1995 hat die Wertschöpfung in diesem Sektor um 75 Prozent zugenommen. Hervorzuheben ist das Wachstum in der Industrie vor allem auch deshalb, weil die westdeutsche Industrie sich nur mühsam aus der Stagnationsphase der Jahre 2000 bis 2003 befreien kann, das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe also Marktanteile sowohl im Inland als auch im Ausland hat hinzugewinnen können und damit seine Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis gestellt hat. Für eine positive Bewertung der Lage im Osten

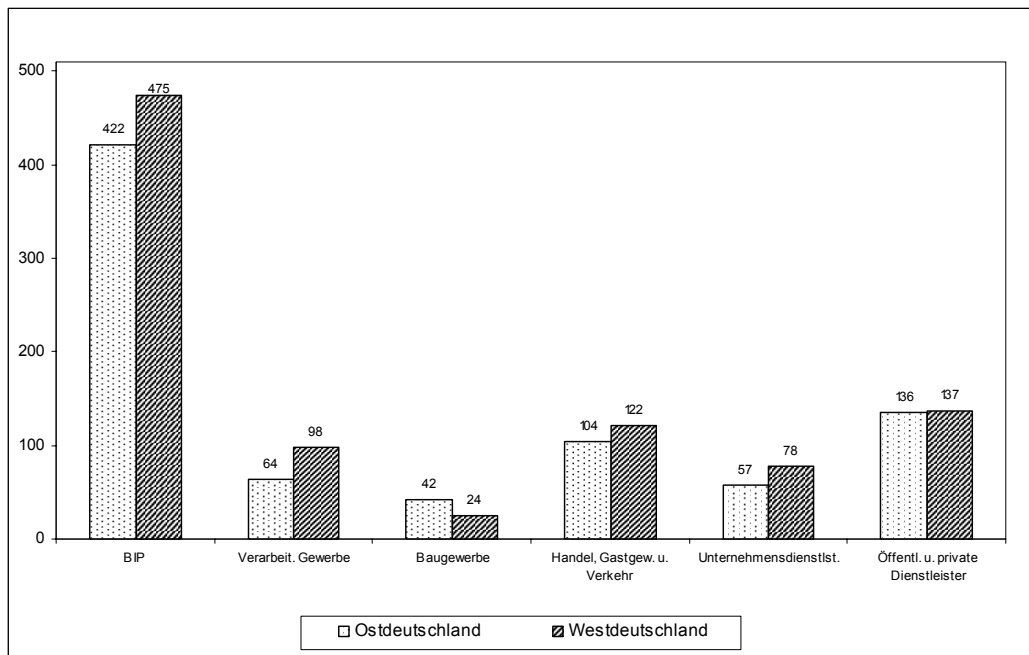
ist dies allerdings nicht ausreichend, denn das Verarbeitende Gewerbe in den ostdeutschen Ländern ist nach wie vor zu klein, um als Impulsgeber für ein höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum dienen zu können; je 1.000 Einwohner gerechnet, arbeiten nur rund 64 Beschäftigte in diesem Sektor [(Westdeutschland: 98 Beschäftigte) (vgl. Abbildung 4)]. Zudem gründet das Wachstum in der Industrie nahezu ausschließlich auf Produktivitätssteigerungen; die Zahl der Arbeitsplätze dort hat auch in der jüngsten Expansionsphase der Produktion nicht zugenommen und dies, obwohl die Lohnstückkosten dort inzwischen um rund 10 Prozent unter dem westdeutschen Durchschnittsniveau liegen. Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch liegt darin, dass die Unternehmen die günstigeren Lohnsätze zum Anlass genommen haben, ihre Absatzpreise zu senken, um so ihre Marktanteile zu erhöhen.

**Abbildung 3: Entwicklung der Produktion in Ostdeutschland
– 1995 = 100 –**



Quelle: Arbeitskreis „VGR der Länder“, eigene Berechnungen.

Abbildung 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen je 1.000 Einwohner, 2003



Quelle: Arbeitskreis „VGR der Länder“, eigene Berechnungen.

Dominiert wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung indes nach wie vor von der Anpassungskrise in der Bauwirtschaft, die zwar seit Mitte der neunziger Jahre bereits um mehr als 50 Prozent geschrumpft ist, dennoch mit 42 Beschäftigten je 1.000 Einwohner im Vergleich zu Westdeutschland (als langfristigem *Benchmark*) immer noch als überdimensioniert gelten muss (Westdeutschland: 24 Beschäftigte je 1.000 Einwohner). Insoweit ist abzusehen, dass der Anpassungsprozess hier seine Talsohle noch nicht erreicht hat und somit auch in den nächsten Jahren die gesamtwirtschaftliche Entwicklung dämpfen wird. Zwar lässt sich die Schrumpfung der Bauwirtschaft auch positiv werten, weil damit die offenkundigen Fehlentwicklungen des Strukturwandels zu Beginn der 90er Jahre korrigiert werden, dennoch bleibt der Anpassungsprozess für die Betroffenen schmerzhaft, denn es ist absehbar, dass auch die Beschäftigung hier noch weiter zurückgehen wird.

Die ungünstige Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern ist somit eines der Haupthindernisse für eine stärkere Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung. Neben dem geringen Industrialisierungsgrad ist hier auch auf den Dienstleistungssektor zu verweisen, der durch Defizite bei den wissensintensiven Unternehmensdienstleistungen geprägt ist (55 Beschäftigte je 1.000 Einwohner; Westdeutschland: 76 Beschäftigte) – Folge auch des geringen Industriebesatzes, denn hier finden sich die Hauptabnehmer für unternehmensnahe Dienste.⁵ Auch der öffentliche Sektor i.e.S. ist in den neuen Ländern (mit 36,6 Beschäftigten je 1.000 Einwohner, Westdeutschland: 31,4 Beschäftigte; Angaben für 2002) nach wie vor überproportional stark ausgeprägt, was unter anderem die ungenügende Kapazitätsanpassung in den öffentlichen Verwaltungen widerspiegelt. Kaum Ost-West-Unterschiede gibt es hingegen bei den haushaltsnahen Dienstleistungen (Handel und Verkehr; sonstige private Dienstleistungen), was hier eine gewisse Marktsättigung impliziert. Alles in allem fehlt es damit vor allem an Branchen, die ihre Kunden auf den überregionalen Märkten finden – was vor allem mit Blick auf die längerfristigen Wachstumsperspektiven ein Manko darstellt.

Die strukturellen Defizite der Wirtschaft der neuen Länder setzen sich darüber hinaus in anderen Bereichen fort, so in der ungünstigen Betriebsgrößenstruktur (Dominanz von kleinen und mittleren Unternehmen) und in der besonderen funktionalen Struktur (Dominanz von „verlängerten Werkbänken“ ohne höherwertige Unternehmensfunktionen). Hinzu kommt, dass die Bereitschaft ein Unternehmen zu gründen in den neuen Ländern deutlich

⁵ Immerhin ist dies der einzige Sektor, in dem es in den letzten Jahren zu einem spürbaren Beschäftigungsaufbau gekommen ist. Die Zahl der Erwerbstätigen hat zwischen 1995 und 2002 um 200.000 Personen (=40 Prozent) zugenommen.

geringer ist als im Westen: Auf 1.000 Einwohner kommen dort nur 44 Selbständige, während es in Westdeutschland 54 sind. Soweit dies auf einen Mangel an „unternehmerischer Initiative“ zurückzuführen ist, beschränkt dies die Möglichkeiten, Marktchancen auch tatsächlich wahrzunehmen und damit dem Aufholprozess weiteren Schwung zu geben.

All diese strukturellen Defizite sind mit verantwortlich dafür, dass die Produktivität in der ostdeutschen Wirtschaft nach wie vor bei nur rund 70 Prozent des westdeutschen Wertes liegt und bestimmte Qualifikationen in den neuen Ländern nicht oder nur in geringem Maße nachgefragt werden. Dies begrenzt nicht nur die Höhe der erzielbaren Arbeitnehmerinkommen, sondern ist auch ein Grund dafür, dass höherqualifizierte Menschen dem Osten immer öfter den Rücken kehren. Gerade weil der Produktivitätsrückstand aber nicht – wie noch vor einigen Jahren – vornehmlich auf einen Mangel an Sachkapital oder nicht marktgerechte Qualifikationen der ostdeutschen Erwerbstätigen zurückzuführen ist, müssen auch die Möglichkeiten der Politik als beschränkt angesehen werden, der Produktivitätsschwäche entgegenzuwirken.

3. Ostdeutschland 2020: Keine rasche Angleichung der Lebensverhältnisse zu erwarten

Ist das Bild schon heute eingetrübt, so gilt dies noch mehr für die Perspektiven der nächsten Jahre - jedenfalls dann, wenn es nicht zu einem "Kurswechsel" in der Politik kommt. Vor allem drei Herausforderungen sind es, die sich in den nächsten 15 Jahren stellen, nämlich die Abhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft von der Wirtschaft in den alten Ländern, die demographische Entwicklung in Ostdeutschland und die absehbare Verengung der finanzpolitischen Spielräume bei Bund, Ländern und Kommunen.

In der kurzen Frist ist vor allem von Bedeutung, dass Ostdeutschland eine weitgehend von Westdeutschland abhängige Region ist. So sind die alten Länder inzwischen zumindest für die Industrie ein gewichtiger Absatzmarkt geworden; 40 Prozent aller Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes werden mittlerweile dort erzielt.⁶ Der Anteil des ostdeutschen Marktes an den Umsätzen der Industrie beträgt demgegenüber nur noch rund ein Drittel und ist zudem tendenziell rückläufig. Da das Verarbeitende Gewerbe wichtiger Impulsgeber auch für die Entwicklung in anderen Sektoren ist, werden konjunkturelle Schwankungen in Westdeutschland damit in stärkerem Maße auch auf die neuen Länder übertragen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass auch die Investitionstätigkeit in den neuen Ländern zu einem erheblichen Teil von westdeutschen Unternehmen getragen wird. Solange aber die Investitionsdynamik in Westdeutschland infolge ungenügender Gewinnaussichten schwach ist, ist mit kräftigen Investitionsimpulsen für Ostdeutschland nicht zu rechnen. Wegen dieser Abhängigkeiten ist eine

⁶ Vgl. Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland, Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 6/2005, S. 175.

eigenständige Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland kaum möglich, so dass eine stärkere Wachstumsdynamik in Westdeutschland eine der Grundvoraussetzungen für eine deutliche Verbesserung der Lebensverhältnisse in den neuen Ländern darstellt – tatsächlich aber ist derzeit nicht zu erkennen, dass die westdeutsche Wirtschaft schon bald auf einen steileren Wachstumspfad wird zurückfinden können.⁷

Wichtiger noch ist die Transferabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Die jährlichen Transferleistungen belaufen sich auf 23 Prozent der Inlandsnachfrage in Ostdeutschland und sogar 30 Prozent des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts und es ist offenkundig, dass damit nicht nur das Niveau (wie bereits erwähnt), sondern auch die Struktur des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts in erheblichem Maße beeinflusst wird: Infolge des transferfinanzierten Nachfrageüberschusses werden nämlich Ressourcen in binnenmarktorientierte Verwendungen gelenkt, die dann für eine Ausweitung des überregional orientierten Sektors fehlen; das geringe Gewicht des Verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern (und das hohe Gewicht der primär auf den Regionalmärkten tätigen Bauwirtschaft) hängt auch hiermit zusammen. Doch auch unabhängig davon stellt die Transferabhängigkeit ein ernsthaftes Problem dar, denn jede Verbesserung der Wirtschaftskraft in den neuen Ländern wird in der Tendenz den Transferanspruch reduzieren: Die von West- nach Ostdeutschland fließenden Zuweisungen im Länderfinanzausgleich sind an die Finanzkraft der neuen Länder gekoppelt, die Hilfen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung werden anhand von Indikatoren der Wirtschaftskraft bemessen und auch die Sozialtransfers sind u. a. vom Aus-

⁷ Vgl. zur Stärke des Potentialwachstums in Westdeutschland u. a. Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Zur Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005 (Gemeinschaftsdiagnose), in: Wirtschaft im Wandel, 1. Sonderausgabe 2005.

maß der registrierten Arbeitslosigkeit und der regionalen Einkommen abhängig. Dies führt dazu, dass Produktivitätssteigerungen sich nicht in gleicher Weise in einer Zunahme der heimischen Nachfrage niederschlagen können. Tatsächlich ist die Binnennachfrage seit Mitte der neunziger Jahre tendenziell rückläufig, so dass Impulse aus dem Inland weitgehend ausgeblieben sind. Da sich hieran nicht viel ändern wird, somit die Produktion von Gütern für den heimischen Markt weiterhin zurückgehen wird, kann das Bruttoinlandsprodukt nur wachsen, wenn zunehmend auswärtige Märkte erschlossen werden bzw. bislang importierte Waren durch eigene Produktion substituiert werden. Dies aber setzt die Stärkung des Sektors der überregional absetzbaren Produkte voraus, insbesondere des Verarbeitenden Gewerbes. Gerade hier steht Ostdeutschland aber auch kostenseitig in scharfer Konkurrenz zu Standorten außerhalb der Europäischen Union.

Die Transferabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft zeigt deutlich, dass die Entwicklung in den neuen Ländern keineswegs schon „selbsttragend“ ist, sondern von der Bereitschaft und der Fähigkeit des Westens zur weiteren Bereitstellung der Transfers abhängt. Tatsächlich scheint diese Bereitschaft zur Solidarität aber ins Wanken zu geraten, wie polemisch aufgebauschte Berichte zur Lage in Ostdeutschland erkennen lassen („Tabuzone Ost“; „Supergau Deutsche Einheit“). Dies hat damit zu tun, dass auch in Westdeutschland die Zeichen des Niedergangs nicht mehr zu übersehen sind; manche Regionen dort sind ebenso von Arbeitslosigkeit und unbewältigtem Strukturwandel gekennzeichnet wie weite Teile Ostdeutschlands. Die Wachstumsdynamik in Westdeutschland hat massiv nachgelassen und im europäischen Vergleich ist Deutschland hinsichtlich Wirtschaftskraft und Wohlstandsniveau inzwischen deutlich hinter andere Länder zurückgefallen. Häufig wird in der westdeutschen Öffentlichkeit „dem Osten“ die Schuld hierfür gegeben und darauf verwiesen, dass die Transferleistungen für die neuen Länder die westdeut-

sche Wirtschaft überforderten, so dass es nicht mehr gelänge, dringend notwendige Infrastrukturinvestitionen (sei es in Bestandserhalt oder Erweiterung) zu finanzieren und das gewohnte Einkommensniveau zu sichern. Tatsächlich liegt die „Transferlast“ in einzelnen westdeutschen Ländern wie Hessen oder Baden-Württemberg bei rund 10 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts⁸, und die Staatsquote – ein Indikator für die Effizienz eines Wirtschaftssystems – liegt mit knapp 49 Prozent um 5 Prozentpunkte höher als im Jahr 1989.

Dennoch muss der Sichtweise, die Vereinigung und die schwache Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern seien ursächlich für die westdeutschen Wachstumsprobleme, vehement entgegengetreten werden, denn der transferfinanzierte Nachfragüberhang in den neuen Ländern führt über verschiedene Mechanismen zu einem entsprechenden Mehrabsatz für westdeutsche Produzenten, so dass Produktion und Beschäftigung dort durch die Transferzahlungen unberührt bleiben.⁹ Viel bedeutsamer für die Wachstumschwäche in Westdeutschland ist aber, dass dringende Strukturreformen in Deutschland in den letzten 15 Jahren verschleppt worden sind und heute die gesamtwirtschaftliche Dynamik lähmen; dies gilt für Reformen an den Güter- und Faktormärkten, die schon Ende der achtziger Jahre als überfällig angesehen wurden,¹⁰ es gilt aber auch für die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Finanzpolitik, die auf seit langem absehbare Mehraus-

⁸ Vgl. Heinz Jansen, Transfers to Germany's Eastern Länder: Necessary price for convergence or a permanent drag? in: ECFIN Country Focus, Vol. 1, Issue 16.

⁹ Dies heißt nicht, dass Wohlstandseinbußen in Westdeutschland ausgeblieben wären, denn die Transferleistungen machen rund 4 Prozent der Einkommen dort aus, werden also von West- nach Ostdeutschland umverteilt.

¹⁰ Vgl. Deregulierungskommission, Marktöffnung und Wettbewerb, Stuttgart 1991.

gabenerfordernisse nicht adäquat reagiert hat und deswegen heute mehr denn je auf das Mittel der Verschuldung zurückgreifen muss.¹¹

Es scheint, dass diese Reformunfähigkeit auf eine politisch und zunehmend auch gesellschaftlich verbreitete Grundhaltung zurückzuführen ist, die dem sozialen Ausgleich ein überproportional hohes Gewicht einräumt und Reformschritte an Kompensationsleistungen an die potentiellen Verlierer koppelt. Mögliche Effizienzgewinne werden auf diese Weise bereits im Vorfeld an die Verlierer „verteilt“, so dass Reformen im Zweifel gänzlich unterbleiben. So konnten wesentliche Teile der als „Agenda 2010“ angekündigten Reformschritte der Bundesregierung nicht oder nur mit erheblichen Abstrichen durchgesetzt werden, und auch die Bemühungen um eine Föderalismusreform oder die Umorientierung der Sozialversicherungssysteme auf höhere Eigenverantwortlichkeit der Versicherten müssen als gescheitert angesehen werden. Solange Politik und Gesellschaft aber nicht bereit sind, auch ein höheres Maß an Ungleichheit hinzunehmen und damit wettbewerbliche Leistungsanreize zu setzen, besteht die Gefahr fortdauernder Wachstumsschwäche in ganz Deutschland. Diese aber muss wiederum als ein wesentlicher Grund dafür angesehen werden, dass auch die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland gering bleibt – insoweit ist die Kausalität gerade das Gegenteil dessen, was von einigen westdeutschen Medien in die Öffentlichkeit hineingetragen wird.

In längerfristiger Perspektive gewinnen allerdings andere Faktoren an Bedeutung für die weitere Entwicklung in Ostdeutschland. Dabei stellt vor allem die absehbare demographische Entwicklung

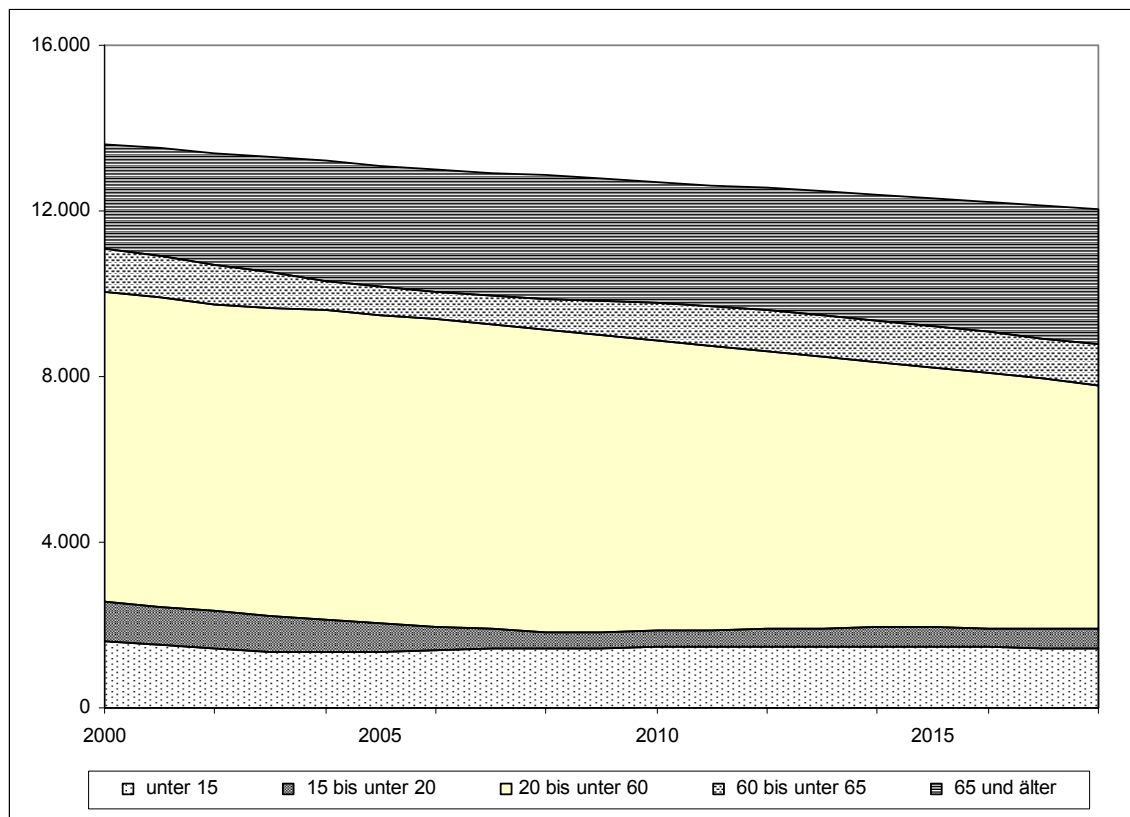
¹¹ Vgl. hierzu die seit Ende der achtziger Jahre beständig wiederholten Mahnungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur ausgabenseitigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

ein Wachstumsrisiko dar. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes¹² dürfte die Bevölkerung in den ostdeutschen Flächenländern allein in den kommenden 15 Jahren um rund 11 Prozent zurückgehen – von heute 13,6 Mio. auf dann nur noch rund 12 Mio. Einwohner (vgl. Abbildung 5). Besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen sind dabei die eher peripheren, strukturschwachen Regionen – so werden beispielsweise für die sächsische Oberlausitz oder Ostvorpommern Bevölkerungsverluste von mehr als 25 Prozent erwartet; in den ostdeutschen Ballungszentren und im Umland von Berlin dürfte der Bevölkerungsrückgang hingegen deutlich schwächer ausfallen. Dabei ist der Bevölkerungsrückgang zu einem erheblichen Teil auf die geringe Zahl von Geburten zu Beginn der 90er Jahre zurückzuführen, so dass in den nächsten Jahren die potentiellen Eltern fehlen. Die Abwanderung ist demgegenüber rein quantitativ von geringerer Bedeutung, wenngleich ihre Struktur – vor allem junge Frauen sehen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt bessere Chancen als in den neuen Ländern – die demographischen Probleme nochmals verschärft. Das Frauendefizit in der Gruppe der 20-29jährigen beträgt derzeit etwa 120.000 Personen und führt damit zu weiteren Geburtenausfällen. Dies hat zur Folge, dass der Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter noch stärker ausfällt; deren Zahl dürfte bis zum Jahr 2020 um rund 23 Prozent schrumpfen, während die Zahl der nicht mehr zum Erwerbspotential zählenden Personen (im Alter von 65 Jahren und mehr) um 30 Prozent zunehmen dürfte. Vor allem die Zahl der jungen Erwerbsfähigen wird stark zurückgehen – in der Altersgruppe der potentiellen Lehrlinge (15-20 Jahre) um mehr als die Hälfte, in der Altersgruppe der 20-40jährigen um immerhin rund ein Drittel. Dementsprechend erhöht sich auch das Durchschnittsalter der erwerbsfähigen Bevölkerung von heute 40,4 auf 44,0 Jahre, das Durch-

¹² 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5.

schnittsalter der Gesamtbevölkerung sogar von heute 44,1 auf dann 48,4 Jahre.

Abbildung 5: Altersstruktur 2002-2020



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Dass diese Entwicklungen noch abgewendet werden könnten, ist inzwischen nahezu ausgeschlossen. Vor allem auf Grund eines seit langem zu beobachtenden gesellschaftlichen Wertewandels liegt die Zahl der Geburten je Frau derzeit in Ostdeutschland wie in Westdeutschland bei rund 1,3 und damit weit unter dem Niveau, das für einen Bestandserhalt notwendig wäre (2,1). Dies bedeutet, dass jede nachfolgende Generation um etwa ein Drittel kleiner ausfällt als die jeweilige Elterngeneration und damit ein weiterer Bevölkerungsrückgang unvermeidbar ist. Selbst massive Zuwanderung – die ohnehin nur bei deutlicher Verbesserung der

Arbeitsmarktbedingungen in Ostdeutschland denkbar scheint – würde hieran wenig ändern, zumal damit (jedenfalls bei Zuwanderung aus dem Ausland) auch erhebliche Integrationsprobleme verbunden wären. Verbesserungen der familienpolitischen Rahmenbedingungen – hier ist zum Beispiel an eine finanzielle Besserstellung von Eltern in der Einkommensteuer und in den Sozialversicherungen zu denken, aber auch Bemühungen, die gesellschaftliche Akzeptanz von Kindern zu erhöhen – können zwar auf mittlere bis lange Sicht den Bevölkerungsrückgang bremsen. Die aus der Bevölkerungsentwicklung der Vergangenheit resultierenden Probleme bleiben aber bestehen oder verstärken sich sogar noch, weil die Belastungen der Erwerbstätigen durch Nicht-Erwerbstätige (Kinder und Rentner) temporär noch steigen würden. Neben „Vermeidungsstrategien“ – die durchaus wünschenswert sind – sind also „Anpassungsstrategien“ als Antwort auf die demographischen Veränderungen weitaus dringlicher.

Für die weitere wirtschaftliche Entwicklung haben Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung zwei Konsequenzen. Zum Einen bedeutet dies, dass sich die kaufkräftige Nachfrage in Ostdeutschland deutlich reduzieren wird. Soweit die Produktion von der heimischen Nachfrage bestimmt ist – dies gilt jedenfalls für die regionale Wirtschaft – ist mit deutlichen Produktionseinschränkungen zu rechnen, weil die Zahl der potentiellen Konsumenten abnimmt und gleichzeitig – auf Grund unterbrochener Erwerbsbiographien – die Kaufkraft der Rentner stark rückläufig sein wird. Zum Anderen wird – angebotsseitig – das rückläufige Erwerbspersonenpotential zu einem zunehmenden Mangel an Arbeitskräften führen, so dass auch von dieser Seite her Produktionseinschränkungen wahrscheinlich sind. Wenn es also nicht zu deutlichen Produktivitätssteigerungen kommt oder die Erwerbsbeteiligungsquote stark steigt, ist eine eher schwache Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten. Schätzungen zufolge ist für die Jahre 2002 bis 2020 ein Produktivitätsanstieg von 0,5 Pro-

zent jährlich notwendig, um das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wenigstens konstant halten zu können – und erst bei Produktivitätssteigerungen, die um einen halben Prozentpunkt höher liegen als in Westdeutschland, ist mit einer weiteren Angleichung der Einkommensverhältnisse zu rechnen.

Unter plausiblen Annahmen zur Entwicklung der Produktivität (+2,25 Prozent jährlich) und der Erwerbstätigenquote (+0,5 Prozentpunkte jährlich) wird das (reale) Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Jahre 2020 dennoch um knapp 50 Prozent höher sein als heute und sich immerhin auf 70 Prozent des westdeutschen Durchschnittswerts belaufen (vgl. Tabelle 1, Spalte 5). Insoweit führt die rückläufige Zahl der aktiven Bevölkerung nicht notwendigerweise auch zu einem Verarmen der betroffenen Landesteile. In den vom Bevölkerungsrückgang besonders stark betroffenen Regionen Ostdeutschlands dürfte der Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen aber deutlich niedriger ausfallen.

Hinzu kommt, dass trotz der Verringerung der Zahl der Erwerbsfähigen auch nicht damit zu rechnen ist, dass die Unterbeschäftigung bis zum Jahre 2020 vollständig abgebaut werden wird. Zwar wird die Zahl der Erwerbslosen in absoluten Zahlen zurückgehen, weil ältere Arbeitslose das Rentenalter erreichen und (bei Unterstellung heutiger Erwerbstätigenquoten)

ab dem Jahr 2010 die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Erwerbstätigengeneration (60-65 Jahre) stets geringer besetzt ist als die nachrückenden Altersjahrgänge (15-20 Jahre). Um die Arbeitslosigkeit vollständig abzubauen, müsste die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze gegenüber dem heutigen Niveau indes noch ansteigen, was wenig wahrscheinlich ist: Zum Einen impliziert die zunehmende Verknappung von Arbeit und die damit einhergehende Verteuerung dieses Produktionsfaktors eine Substitution von Arbeit durch Kapital, zum Anderen dürften viele heutige

Arbeitslose auf Grund von Qualifikations- und Motivationsdefiziten oder Mobilitätseinschränkungen nur geringe Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben. Wahrscheinlich ist deshalb ein Szenario, bei dem hohe Unterbeschäftigung (insbesondere bei wenig qualifizierten Personen) und Fachkräftemangel (bei anspruchsvolleren Qualifikationen) gleichzeitig auftreten.¹³ Unterstellt man eine Zunahme der Erwerbstätigenquote auf westdeutsches Niveau bis zum Jahre 2020, so würde die Unterbeschäftigungsquote auch dann noch etwa 8 Prozent betragen.

¹³ Vgl. Dittrich, M. u. a., Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt, ifo-Dresden Studien Nr. 36, Dresden 2004. Allerdings ist es durchaus nicht auszuschließen, dass es bei Fachkräftemangel zu zunehmender Zuwanderung aus Westdeutschland oder dem Ausland kommt; die setzt aber hinreichende Flexibilität des Lohn- und Tarifvertragssystems voraus.

**Tabelle 1: Ausgewählte Projektionsergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 2002-2020
– in Prozent –**

	2002	2020			
Annahme:					
Produktivitätsanstieg in Prozent pro Jahr	-	2,25	-	2,25	1,75
Erwerbstätigenquote: Veränd. in Prozent- punkte pro Jahr	-	-	0,5	0,5	0,3
errechnete Werte					
durchschn. BIP-Zu- wachs pro Jahr	-	0,75	-0,62	1,49	0,74
durchschn. Zuwachs des BIP je Einwohner pro Jahr	-	1,43	0,05	2,18	1,42
BIP je Einwohner in Relation zu West- deutschland	64,4	62,0	48,5	70,8	61,9

Annahme: Produktivitätszuwachs in Westdeutschland 1,75 Prozent jährlich, Erwerbstätigenquote konstant. Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Wie die Ergebnisse der Projektionsrechnungen verdeutlichen, ist die Schlüsselgröße für die Verbesserung der Wirtschaftskraft in den neuen Ländern die Produktivitätsentwicklung. Eine deutliche Verbesserung der relativen Einkommenssituation gegenüber dem Westen wäre allerdings erst bei Produktivitätssteigerungen in einer Größenordnung von etwa 4 Prozent jährlich zu erwarten. Die Chancen, einen derartigen Produktivitätsfortschritt tatsächlich

verwirklichen zu können, werden jedoch gerade als Folge der demographischen Entwicklung geschmälert. Mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung sinkt nämlich tendenziell auch die Innovationskraft der Volkswirtschaft, weil jüngere Personen im Allgemeinen als risikofreudiger und ideenreicher gelten; hinzu kommt, dass ihre Ausbildung nicht so lange zurückliegt und sie daher im Regelfall ein höheres technologisches Wissen aufweisen als ältere Personen. Die häufig geäußerte Vermutung biologisch bedingter Produktivitätsnachteile älterer Arbeitnehmer scheint demgegenüber von geringer Bedeutung zu sein und durch geeignete Formen der betrieblichen Arbeitsorganisation auch vermieden werden zu können. Allerdings sinkt mit zunehmender Knappheit qualifizierten Arbeitskräftepotentials die Attraktivität der neuen Länder als Investitionsstandort, da in diesem Segment des Arbeitsmarktes relative Lohnsteigerungen zu erwarten sind, so dass die Modernisierung des Kapitalstocks als ein weiterer produktivitätsrelevanter Aspekt gehemmt werden könnte.

Gegen diesen Pessimismus spricht freilich, dass die Schrumpfung der Bevölkerung bzw. des Erwerbsfähigenpotentials sich nicht schlagartig vollzieht, sondern über den gesamten betrachteten Zeitraum ein kontinuierlicher Rückgang beider Größen zu erwarten ist. Lediglich bei den Altersjahrgängen, die unmittelbar nach der Wende geboren wurden und in Kürze in ihre Berufsausbildung starten bzw. ein Studium aufnehmen, sind innerhalb weniger Jahre abrupte Veränderungen zu erwarten. Die eher schleichende Verringerung der Bevölkerung insgesamt lässt jedenfalls hinreichend Zeit für Anpassungen; hierzu ist es freilich notwendig, sich bereits heute darauf einzustellen (und beispielsweise bei Neubauten von Infrastruktureinrichtungen künftige Nutzungsumwidmungen einzuplanen). Zudem eröffnen die demographischen Veränderungen auch Möglichkeiten für neue Waren- und Dienstleistungsangebote (so z. B. altenspezifische haushaltsnahe Dienstleistungen oder internetgestützte Weiterbildungsangebote) und setzen

Anreize für arbeitssparenden technischen Fortschritt. Auch hierzu ist es aber erforderlich, den Wirtschaftssubjekten hinreichende Freiräume zu geben, die von Schrumpfung und Alterung ausgehenden Anreize wahrzunehmen. Dazu gehört es auch, den Strukturwandel hin zu altenspezifischen Produktionen oder kapitalintensiveren Produktionsverfahren nicht zu unterbinden.

Die dritte Herausforderung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern ist schließlich die absehbare Verringerung finanzpolitischer Handlungsspielräume. Derzeit verfügen die ostdeutschen Länder und Gemeinden über eine Finanzausstattung, die um rund 20 Prozent über dem Niveau der finanzschwachen westdeutschen Länder liegt. Grund hierfür sind die hohen Zuweisungen insbesondere aus dem Solidarpakt II (10,5 Mrd. Euro jährlich) und die überproportionalen Bundesleistungen. Ab dem Jahr 2006 wird allerdings der Solidarpakt II zunehmend abgeschmolzen, um im Jahre 2019 dann gänzlich auszulaufen. Gleichzeitig ist mit (zumindest relativ) abnehmenden Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich zu rechnen, weil diese unmittelbar an die Entwicklung der Einwohnerzahlen gekoppelt sind.¹⁴ Dies führt dazu, dass selbst unter günstigen Wachstumsannahmen die ostdeutschen Flächenländer im Jahre 2020 mit einer Finanzausstattung werden zurecht kommen müssen, die um rund ein Siebtel niedriger ist als heute. Alles in allem dürfte das Einnah-

¹⁴ Eine Prognose der Leistungen aus dem Länderfinanzausgleich wird dadurch erschwert, weil diese neben den Einwohnerzahlen auch von der Entwicklung der Finanzkraft in allen Bundesländern abhängig ist. Bei einem unterdurchschnittlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland – wie es die hier zugrunde gelegten Projektionen implizieren – können die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich gegenüber dem heutigen Niveau auch zunehmen, weil diese eine weitgehende Nivellierung von Finanzkraftunterschieden anstreben. Vgl. zu entsprechenden Rechnungen J. Ragnitz, Demographische Entwicklung in Ostdeutschland und Länderfinanzausgleich, in: *Wirtschaft im Wandel*, Heft 3/2005, S. 73-81.

meniveau je Einwohner dann in etwa auf dem gleichen Niveau liegen wie in den finanzschwachen westdeutschen Ländern.

Hingegen werden die Ausgaben aller Voraussicht nach nicht in gleichem Maße zurückgeführt werden können, denn Minderausgaben bei jugendspezifischen Aufgaben (Kinderbetreuung, Schulen) stehen Mehrausgaben bei altenspezifischen Leistungen (Altenbetreuung, Gesundheitspflege) gegenüber; auch der Infrastrukturbedarf wird tendenziell noch anwachsen, weil in den demographisch benachteiligten Regionen Rückbaumaßnahmen zu finanzieren sind und für eine leistungsgerechte Anbindung dieser Regionen an die Ballungszentren gesorgt werden muss. Hinzu kommt, dass die öffentlichen Versorgungslasten in Zukunft enorm ansteigen und die Zinsen auf die öffentlichen Schulden weiter steigen werden.

Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass von Seiten der öffentlichen Ausgaben tendenziell dämpfende Impulse auf die Wirtschaftsentwicklung ausgehen werden: Zum Einen ist mit sinkender öffentlicher Nachfrage zu rechnen, wenn staatliche Ausgaben nicht mehr im gewohnten Maße finanziert werden können und Personal im öffentlichen Dienst abgebaut werden muss, zum Anderen bestehen Dispositionsspielräume zumindest auf kurze Sicht nur bei den öffentlichen Investitionen, so dass der weitere Ausbau von wirtschaftsnahen Infrastruktureinrichtungen als Vorleistung für private Produktion sich künftig nur noch langsam vollziehen wird. Vor allem letzteres ist problematisch, weil damit die Wachstumschancen auch auf lange Sicht verringert werden. Dies spricht dafür, eine grundlegende Reform der Aufgabenverteilung zwischen öffentlichem und privatem Sektor vorzunehmen, so durch verstärkte Nutzung von Modellen der Public Private Partnership oder die Übertragung von bislang durch den Staat erfüllte Aufgaben auf private Leistungsanbieter. Es ist offenkundig, dass dies auch eine andere Art der Finanzierung erfordert, also die

Erhebung von Gebühren für die Nutzung bislang entgeltfrei angebotener Güter.

Aus den bisherigen Ausführungen folgt, dass unter den gegebenen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen die weiteren Zukunftsperspektiven der ostdeutschen Wirtschaft keineswegs als gut einzuschätzen sind. Dass es unter den vorliegenden Bedingungen in absehbarer Zeit zu einer auch nur annähernden Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland kommen könnte, ist weit gehend ausgeschlossen.

Allerdings wird es dabei auch in Ostdeutschland zu einer Binnendifferenzierung kommen, die deutlich stärker ist als heute und wohl auch stärker sein wird als man dies aus Westdeutschland gewohnt ist. Eher geringe Sorgen wird man sich dabei um die Agglomerationszentren in den neuen Ländern machen müssen, also die größeren Städte wie Berlin, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Jena, Erfurt und Halle.¹⁵ Der zu erwartende Rückgang der Bevölkerung wird die großen Städte und ihr Umland nur schwach treffen, denn da sich hier schon aufgrund einer besseren Ausstattung mit „Potentialfaktoren“ (wie eine günstige Erreichbarkeit, das Vorhandensein von Hochschulen und Forschungseinrichtungen oder auch eine höhere Bevölkerungsdichte) die wirtschaftlichen Potentiale konzentrieren, werden diese „Wachstumspole“ auch mit Zuwanderungen aus den peripheren Regionen rechnen können. Insoweit treten zumindest die befürchteten negativen Auswirkungen der demographischen Entwicklung hier nicht oder nur in abgeschwächter Form ein. Allerdings: Bislang haben selbst diese potentiellen Wachstumspole die in sie gesetzten Erwartungen höheren Wachstums nicht uneingeschränkt erfüllen können.

¹⁵ Vgl. zu dieser Klassifikation als „Wachstumspole“ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, JG 1999/2000, Tz. 132ff. Im JG 2004 wurde zusätzlich die Arbeitsmarktre-gion Zwickau als Wachstumspol identifiziert.

Weder war das wirtschaftliche Wachstum hier grundsätzlich höher als in anderen, eher peripher gelegenen Regionen, noch waren bislang spürbare „Ausstrahleffekte“ in das Umland zu verzeichnen. Ein Grund dafür dürfte sein, dass sich hier auch die ungelösten Probleme der DDR-Vergangenheit (ehemals hoher Industrialisierungsgrad, strukturelle Defizite wie eine geringe Branchendiversifizierung) konzentrieren und die Spezialisierung auf höherwertige Dienstleistungen – wofür die Städte prädestiniert sind – infolge von Vorsprüngen westdeutscher Großstädte bislang nicht so recht funktioniert hat. Hinzu kommt, dass wegen der geringen Zahl an potentiellen Wachstumspolen und ihrer Konzentration auf den Süden der ostdeutschen Länder etwaige positive Ausstrahleffekte nur in einem kleinen Teil Ostdeutschlands überhaupt wachstumswirksam werden könnten.

Wenn es diese Sogwirkung der Agglomerationszentren mit Bezug auf die Bevölkerung allerdings gibt – und hiervon gehen gängige Projektionen der künftigen Regionalentwicklung aus –, dann bedeutet das, dass die wirtschaftlichen Perspektiven für die peripheren Regionen noch pessimistischer einzuschätzen sind als für die neuen Länder insgesamt. Wegen der überproportional rückläufigen Zahl an Erwerbspersonen werden diese Regionen nämlich weiter an Attraktivität für Neuansiedlungen verlieren, und auch die kaufkräftige Nachfrage wird hier überdurchschnittlich stark zurückgehen, was die regional orientierten Unternehmen in ihren Absatzmöglichkeiten beschränkt. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen der Kommunen mit der Folge, dass öffentliche Leistungen eingeschränkt werden müssen. Dies alles erhöht wiederum den Abwanderungsdruck weiter, so dass diese Regionen in eine Abwärtsspirale sinkender Wirtschaftskraft und sinkender Bevölkerung hineinzugeraten drohen. Hiervon betroffen sind nicht nur die Regionen im äußersten Nord- und Südosten der neuen Länder, sondern durchaus auch Regionen wie Nord- und Ostthüringen, die keine größeren Zentren aufweisen und von ihrer Lage her eher als

Transitregionen denn als attraktiver Standort für Unternehmensansiedlungen anzusehen sind. Da diesem „vicious circle“ mit administrativen Maßnahmen kaum entgegenzuwirken ist, ist die Konzipierung von Anpassungskonzepten für diese von überproportionalen Bevölkerungsrückgängen betroffenen Regionen eine der wichtigsten Aufgaben, die sich in den neuen Ländern stellt.

Angesprochen ist damit zum Ersten die Frage, wie denn die künftige Siedlungsstruktur aussehen soll. Gerade in den peripheren Regionen gibt es häufig eine Vielzahl kleinerer Gemeinden, die unter den Bedingungen schrumpfender und gleichzeitig im Durchschnitt alternder Bevölkerung kaum mehr lebensfähig sein werden. Nicht nur, dass bestimmte Angebote öffentlicher Dienstleistungen (z.B. Schulen, aber auch Krankenhäuser) mangels Nachfrage nicht mehr aufrechterhalten werden können, verteilen sich die Kosten der Aufrechterhaltung von Infrastrukturen auf immer weniger Köpfe, was angesichts eher sinkender öffentlicher Einnahmen nicht länger finanzierbar ist (oder immens steigende Gebühren beispielsweise für Wasser und Abwasser mit sich brächte). Da diese Entwicklung nahezu zwangsläufig ist, sollte sich die Politik den daraus folgenden Entleerungstendenzen nicht entgegenstellen, sondern vielmehr im Rahmen der Raumordnungspolitik klarstellen, dass bestimmte öffentliche Dienstleistungen der Verwaltung, des Gesundheits- oder auch des Bildungswesens dann eben nur noch in zentralen Orten angeboten werden können. Inzwischen scheint die Raumordnungspolitik der einzelnen Bundesländer hierauf auch zu reagieren, indem die bestehenden Systeme zentraler Orte (bestehend aus Grund-, Mittel- und Oberzentren) einer Überarbeitung (und das heißt: Ausdünnung) unterzogen werden. In diesem Zusammenhang sollten auch Zusammenschlüsse bislang noch autonomer Gebietskörperschaften (Gemeinden, aber auch Landkreise) stärker als bisher in Erwägung gezogen werden.

Selbst wenn die Einschränkung des öffentlichen Leistungsangebots zum Teil durch Lösungen wie mobile Verwaltungsstellen, die verstärkte Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien oder private Leistungsangebote (z.B. im Bildungsbereich oder der Altenpflege) ausgeglichen werden kann, dürfte eine solche Politik auf mittlere Sicht zu einer vermehrten Abwanderung in die zentralen Orte führen, was impliziert, dass eine Reihe von kleineren Dörfern nicht länger lebensfähig sein und faktisch wüst fallen wird wie es aus früheren Zeiten, aber auch aus dem europäischen Ausland (z.B. dem französischen Zentralmassiv) bekannt ist. So schwer vorstellbar dies aus heutiger Sicht klingt, so muss dies aus gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht nicht unbedingt negativ gesehen werden, zum Beispiel weil damit ökologische Ausgleichsflächen und Raum für Erholungszwecke geschaffen werden. Die Probleme ergeben sich dann vor allem dadurch, wie der Übergang zu einer neuen, der geringeren Bevölkerungszahl angepassten Siedlungsstruktur bewältigt werden kann, ohne übermäßige soziale Härten zu verursachen.

Zum Zweiten stellt sich die Frage nach einer zweckgerichteten Ausgestaltung der öffentlichen Infrastruktur, insbesondere der Verkehrswege. Da knappe Gelder zunächst einmal dort investiert werden sollten, wo sie den höchsten Nutzen stiften, wird es auch hierbei zu einer Konzentration auf die zentralen Orte bzw. auf die Verbindungen zwischen diesen und den großen Wachstumszentren des Ostens kommen. Es ist offenkundig, dass die Infrastrukturplanung sich insoweit in die Raumordnungsplanung einordnen muss. Es liegt hierin aber auch eine Chance, zu einer veränderten räumlichen Arbeitsteilung zu kommen, bei der sich zum Beispiel die Peripherie auf Wohn- und Erholungsfunktionen konzentriert, während die Arbeitsplätze vornehmlich in den Wachstumspolen angeboten werden. Dies setzt aber voraus, dass die Fahrzeiten von der Region in die Zentren – also beispielsweise von der Lausitz in

die „natürlichen“ Zentren Berlin und Dresden – nicht länger als eine Stunde betragen dürfen, da nur dann tägliches Pendeln noch zumutbar erscheint. Dementsprechend sind die Verkehrsinfrastrukturen zu gestalten. Dass durch eine derartige räumliche Arbeitsteilung die peripheren Regionen auch indirekt profitieren – indem Kaufkraft von den Zentren dorthin umgelenkt wird – braucht wohl nur am Rande erwähnt zu werden.

Schließlich muss zum Dritten auch darauf verwiesen werden, dass eine „Entleerung“ von Regionen auf mittlere Sicht Anpassungsprozesse auslöst, die deren Attraktivität als Wohn- und Investitionsstandort erhöhen können. Märkte tendieren zu Gleichgewichten, und daher sind sich selbst verstärkende „vicious circles“ zwar denkbar, aber für größere Regionen nicht sehr wahrscheinlich. So werden die Grundstückspreise hier mangels Nachfrage zurückgehen, die Preise regional gehandelter Güter wie zum Beispiel viele Dienstleistungen sinken und die Löhne bei hinreichender Flexibilität der Lohnfindung hinter dem allgemeinen Lohnanstieg zurückbleiben. Gerade das führt aber zur Herausbildung neuer Standortvorteile, denn geringere Grundstückspreise oder geringere Arbeitskosten werden die Region attraktiv machen für flächen- oder arbeitsintensive Produktionen, niedrige Wohnungsmieten und niedrige Konsumentenpreise wiederum ein höheres Realeinkommen auch bei niedrigen Nominallohnen ermöglichen und damit ein Gegengewicht gegen weitere Abwanderung schaffen. Hinzu kommt, dass gerade dünn besiedelte Räume für viele Menschen auch attraktiv sind, so dass es zum Zuzug von „stadtmüden“ Personen kommen kann, die hier alternative Lebensformen verwirklichen wollen. Insoweit darf auch eine Phase der Schrumpfung keineswegs mit dem Sterben einer Region gleichgesetzt werden. Allerdings muss man dafür bereit sein, regionale Unterschiede auch in einem höheren Maße zuzulassen, als es bislang akzeptiert zu werden scheint. Offenbar bedarf es also einer Neuinterpretation des Gebots der „Gleichwertigkeit der Lebens-

verhältnisse“, bei dem von einer ein- oder zweidimensionalen Betrachtung (Einkommen, Beschäftigung) zu einer mehrdimensionalen Betrachtung übergegangen wird, bei der Vorteile geringer Bevölkerungsdichte (wie gesündere Umwelt, niedrigere Wohnungsmieten) den Nachteilen (wie weitere Entfernungen zu Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten, Ausdünnung des öffentlichen Leistungsangebots) gegenübergestellt und in ihrer Gesamtheit mit anderen, dichter besiedelten Regionen verglichen werden – bei denen die Agglomerationsvor- und -nachteile entsprechend zu berücksichtigen wären.

4. Politische Handlungsmöglichkeiten

Die bisherige Darstellung abstrahierte weit gehend von den Möglichkeiten der Politik, den beschriebenen Entwicklungen entgegenzuwirken. Es sind zwar keine „Patentrezepte“ zu erkennen, mit denen die Politik ein weiteres Zurückfallen der ostdeutschen Länder verhindern könnte, gleichwohl gibt es eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, die zumindest ein gesellschaftlich akzeptables Wohlstandsniveau auch in Zukunft erlauben. Hierbei ist zum einen nach Akteuren zu unterscheiden, zum anderen aber auch nach Handlungsfeldern.

Ambivalent ist dabei die Rolle des Bundes zu beurteilen. Grund hierfür ist, dass die Bundespolitik in den letzten Jahren (weit gehend unbemerkt von der Öffentlichkeit) einen Strategiewechsel vollzogen hat, indem sie sich verstärkt auf Fragen von gesamtstaatlicher Bedeutung konzentriert und Aspekte der Regionalentwicklung abseits von verteilungspolitischen Überlegungen nur berücksichtigt, soweit diese von ihrer Dimension her oder aufgrund etwaiger externer Effekte gesamtstaatliche Interessen berühren. Da es nach Auffassung der Bundesregierung eben nicht die Verpflichtungen aus dem Aufbau Ost sind, die die gesamtdeutschen Wachstumsprobleme verursachen, ist es aus dieser Logik heraus nur folgerichtig, dass sich der Bund vor allem auf gesamtdeutsch relevante Politikfelder wie die Strukturreformen an Güter- und Arbeitsmärkten oder die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit in den sozialen Sicherungssystemen konzentriert. Mit Bezug auf Ostdeutschland äußert sich dies darin, dass der Bund sich zunehmend darauf beschränkt, Gelder zur Verfügung zu stellen, die dann von den Ländern nach ihren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen verausgabt werden. Dabei findet der Bund im Übrigen auch durchaus Unterstützung bei den Ländern, die möglichst viele Kompetenzen bei sich

behalten wollen, wie sich an den Vereinbarungen zum Solidarpakt II oder zur Neuorientierung der Förderpolitik (Konzentration auf Wachstumspole und Cluster) zeigt.

Folgt man der Auffassung, dass die Erfüllung öffentlicher Aufgaben grundsätzlich auf derjenigen föderalen Ebene erfolgen sollte, die aufgrund ihrer Betroffenheit oder ihres Informationsstandes hierbei Vorteile aufweist (Subsidiaritätsprinzip), ist diese neuartige Aufgabenverteilung nicht zu beanstanden. Allerdings: Wenn man eine solche Neuverteilung der Aufgaben im föderalen Staat vornimmt, müssen den Ländern auch die Möglichkeiten in die Hand gegeben werden, die gewonnenen Spielräume ausschöpfen zu können. Hier ist der Bund bislang weniger konsequent, impliziert dies doch, dass zunehmend auch Verordnungs- und Gesetzgebungskompetenzen auf die Länder übertragen werden müssten. Versuche hierfür im Rahmen von Bundesratsinitiativen ostdeutscher Länder sind entweder an Besorgnissen um die „Rechtseinheitlichkeit“ im Bundesgebiet gescheitert oder auf befristete Öffnungsklauseln beschränkt geblieben. Gerade weil das von westdeutschen Vorstellungen geprägte Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland in mancherlei Hinsicht den Erfordernissen einer strukturschwachen Region nicht entspricht und Aufholprozesse deswegen eher behindert als fördert, läge in verstärkter Dezentralisierung von Regulierungsmacht ein Ansatz, dem Aufbau Ost wieder neuen Schwung zu verleihen. Hierfür bieten sich vor allem Bereiche wie das Bau- und Planungsrecht, das Arbeits- und Tarifrecht und wohl auch das Umweltrecht an. Abgesehen davon, dass gerade diese Bereiche in Unternehmensumfragen häufig als Hemmnis für unternehmerische Initiative angesehen werden,¹⁶ spricht auch für diese Lösung, dass bei einer unvoreingenommenen Interessenabwägung (zwischen einer Chance auf verbesserte

¹⁶ Vgl. beispielhaft Thüringer Landtag, Drucksache 3/3006 vom 25.09.2003.

Arbeitsmarktbedingungen auf der einen Seite und diversen Mitbestimmungs- und Schutzrechten auf der anderen Seite) eine verstärkte Deregulierung bei den Bürgern Ostdeutschlands eher auf Zustimmung stoßen würde als dies im Westen der Fall ist.¹⁷

Das grundsätzliche Problem bei dieser stärker dem Subsidiaritätsprinzip folgenden Neuverteilung der Aufgabenerfüllung ist aber, dass die ostdeutschen Länder bislang die ihnen auferlegte zusätzliche Verantwortung nur eher halbherzig wahrgenommen haben. Dies zeigt sich am deutlichsten bei der Verwendung der Mittel aus dem Solidarpakt II – immerhin 10,5 Mrd. Euro jährlich im sogenannten Korb 1¹⁸ –, die nach den Vorgaben des Solidarpaktfortführungsgesetzes ausschließlich für investive Zwecke (bzw. für den Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft) verwendet werden dürfen, von allen Ländern mit Ausnahme des Freistaats Sachsen aber in mehr oder minder großem Maße zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben herangezogen werden.¹⁹ Zwar ist zuzugestehen, dass die zweckgerichtete Mittelverwendung aufgrund von Politikfehlern der Vergangenheit (zu hohe Kreditaufnahme, unterlassene Personalrückführungen) kurzfristig nicht zu erreichen ist, gleichwohl scheint der politische Mut zu fehlen, die konsumtiven Ausgaben stärker zurückzuführen und

¹⁷ Auf den Osten beschränkte Steuererleichterungen, wie sie die Dohnanyi-Kommission ins Spiel gebracht hat, würden allerdings vermutlich lediglich zu Scheinverlagerungen von Firmen von West- nach Ostdeutschland führen. Zudem sind sie ohne Wiedereinführung von Grenzkontrollen kaum durchsetzbar. Aus diesen Gründen erscheint dieser Vorschlag nicht praktikabel und sollte nicht weiter verfolgt werden.

¹⁸ Der Solidarpakt II umfasst zum einen Mittel, die unmittelbar als Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen an die Länder gezahlt werden (Korb 1), zum anderen „überproportionale“ Leistungen des Bundes für die neuen Länder (Korb 2). Korb 2 wurde bislang nicht abschließend festgelegt.

¹⁹ Vgl. J. Ragnitz, Solidarpakt II: Anpassung erforderlich, in: Wirtschaft im Wandel, Heft 14/2004, S. 411-416.

damit die Solidarpakt-Mittel ihrer eigentlichen Zweckbestimmung entsprechend zu verwenden. Da die Länder ihre Forderungen nach einem Solidarpakt II aber ausschließlich auf einen fortbestehenden „infrastrukturellen Nachholbedarf“ gegründet haben, ist ihr Verhalten weder in sich konsistent noch mit Blick auf die Verbesserung der Standortbedingungen als Voraussetzung für höheres Wachstum zielführend. Letzten Endes schaden sich die Länder mit der zweckwidrigen Mittelverwendung der Solidarpakt-Mittel selber – was nur dann als konsequente Strategie angesehen werden kann, wenn sie begründete Aussicht auf einen „Solidarpakt III“ oder eine weit reichende Entschuldung durch die Solidargemeinschaft von Bund und Ländern haben könnten; hiervon ist aber aufgrund der angespannten Kassenlage in allen öffentlichen Haushalten und der damit verbundenen negativen Anreizeffekte nicht auszugehen.

Um den Konflikt zwischen Subsidiarität und Interesse des Bundes an einer zielgerichteten Verwendung von bereitgestellten Geldern zu lösen, sollten in Zukunft strengere, mit Sanktionen belegte Verwendungskontrollen eingeführt werden. Mit Bezug auf den Solidarpakt II bedeutet dies, dass das Solidarpaktfortführungs-gesetz modifiziert werden müsste. Hierzu sind in der Vergangenheit bereits eine Reihe von Vorschlägen entwickelt worden, wie die Koppelung von sonstigen Finanzhilfen des Bundes an die zielgerichtete Verwendung der Zuweisungen aus dem Solidarpakt²⁰ oder die Umwandlung der Mittel in Sanierungszuweisungen für die besonders betroffenen Länder mit Vereinbarung bindender Programme zur Haushaltssanierung.²¹ Allerdings ist bislang

²⁰ Vgl. H. Seitz, Ein Vorschlag zur Umsetzung des Korb 2 in Soli II und zur Verstärkung der gesetzeskonformen Verwendung der Solimittel, Diskussionspapier.

²¹ Vgl. J. Ragnitz, Zur Ausgestaltung des Solidarpaktes II – ein Diskussionsvorschlag, IWH-Diskussionspapiere Nr. 194/2004.

weder von Seiten des Bundes noch der betroffenen Länder eine Bereitschaft hierzu zu erkennen, wohl weil dann der mühsam ausgehandelte Kompromiss zum Länderfinanzausgleich ebenfalls infrage gestellt würde.

Folgt man der auf Subsidiarität gründenden Grundphilosophie, so wären darüber hinaus auch andere Aktivitäten des Bundes in Ostdeutschland – einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung, aktive Arbeitsmarktpolitik – auf die Länder zu verlagern. Auch hier gilt dann das Erfordernis stärkerer Kontrollen, gerade weil es sich hierbei um sensible Bereiche handelt, bei denen der Druck von lokalen und regionalen Interessengruppen auf die Politik überhand nehmen könnte. Gerade in Ostdeutschland dürfte es sich dabei als Problem erweisen, dass Wirtschaftspolitik häufig mit Förderpolitik gleichgesetzt wird, die Bedeutung eines wettbewerblichen Umfelds für eine positive wirtschaftliche Entwicklung hingegen zumeist unterschätzt wird.

Auch wenn die Bedeutung der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung damit relativiert wird: Auf absehbare Zeit wird man hierauf nicht verzichten können, da angesichts der Konkurrenz der Standorte Investitionsentscheidungen zu Gunsten der neuen Länder häufig nur noch erfolgen, wenn das Subventionsniveau hier wenigstens gleichwertig zu dem potentieller Alternativstandorte ist. Diese Begründung für eine Fortführung von Subventionspolitiken rekurriert allein auf einen bestehenden Subventionswettbewerb (insbesondere mit den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern), nicht aber auf etwaige Standortnachteile oder das regionalpolitisch unerwünscht niedrige Einkommens- und Beschäftigungsniveau in den neuen Ländern und unterscheidet sich damit deutlich von der bisherigen Begründung regionalpolitischer Interventionen. Tatsächlich haben es nämlich allein ausgleichspolitisch motivierte Subventionen bislang auch in Westdeutschland kaum vermocht, zu einer dauerhaften Konvergenz strukturell

benachteiligter Regionen beizutragen, da diese eben nicht an der Ursache der Standortschwäche ansetzten, sondern diese lediglich zu kompensieren versuchten. Damit besteht aber ständig die Gefahr, dass Folgesubventionen notwendig werden, da infolge unzureichend ausgeprägter Wachstumsfaktoren sich keine lebensfähigen Strukturen herausbilden können.

Dabei sollte die Förderung aber stärker als bisher darauf ausgerichtet werden, wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen, was gerade auch wegen der finanzpolitischen Restriktionen zunehmend wichtiger wird. Dies impliziert vor allem eine höhere Selektivität der Förderung, um auf diese Weise knappe Mittel dort einzusetzen, wo sie die höchsten Effekte erzeugen.

Die *Investitionsförderung* als erste Säule der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung sollte grundsätzlich beibehalten werden, aber auf Neuansiedlungen von strukturbestimmenden Unternehmen beschränkt werden, die tatsächlich Standortalternativen besitzen. Ostdeutschland weist im ganzen zu wenig Großunternehmen auf, die aufgrund der bei ihnen vorhandenen Unternehmensfunktionen und der von ihnen ausgehenden Verflechtungswirkungen größere Impulse für die regionale Wirtschaftsentwicklung haben als kleine Unternehmen. Dies spricht dafür, die Bemühungen um die Ansiedlung dieser Unternehmen zu erhöhen, und hierzu sind Fördermaßnahmen (zusammen mit der allgemeinen Standortpolitik, einer unterstützenden Tarifpolitik oder Aktivitäten der Standortwerbung) ein möglicher Ansatz. Falsch wäre es hingegen, vorschnell davon auszugehen, dass es solche Investitionen nicht mehr geben werde (jüngste Beispiele wie die BMW-Ansiedlung in Leipzig, die Diskussion um die Errichtung eines dritten Werkes von AMD in Dresden oder die Investition des Computerherstellers Dell in Halle widerlegen dies) und nunmehr ganz auf die „Bestandspflege“ zu setzen, denn regionale Wachstumsimpulse können davon bestenfalls langfristig ausgehen.

Abgesehen davon spricht gesunder Menschenverstand dafür, dass eine Politik, die auch fünfzehn Jahre nach der Vereinigung Investitionen von bereits ansässigen Unternehmen mit bis zu 50 Prozent Förderung unterstützt, in hohem Maße zu Gewöhnungseffekten führt, so dass ein positiver Anreiz für Mehrinvestitionen damit kaum noch verbunden sein dürfte.

Das geeignete Instrument für eine in diesem Sinne reformierte Investitionsförderung ist der GA-Investitionszuschuss, bei dem Einzelfallentscheidungen vorgesehen sind; das alternative und von den Ländern favorisierte Instrument der Investitionszulage²² sollte hingegen abgeschafft werden, weil hierbei aufgrund des Rechtsanspruchs eine unzureichende Zielgenauigkeit besteht. Ob dann das derzeitige Mittelvolumen der Investitionszulage zur Aufstockung der GA-Förderung verwendet wird, ist eine andere Frage; wesentlicher ist die Entscheidung für eine Abkehr von der „Gießkannenförderung“, wie sie mit der Investitionszulage verwirklicht ist. Ganz abgesehen davon entspricht die GA-Förderung in ihrer heutigen Ausprägung auch eher dem oben entwickelten Gedanken der Subsidiarität, da die Entscheidung über die Mittelvergabe allein bei den jeweiligen Ländern liegt, während der Bund sich allein an der Finanzierung und der Formulierung allgemeiner Grundsätze für die Mittelvergabe beteiligt.

Wenig praktikabel erscheint in diesem Zusammenhang allerdings eine Strategie, die in der Ansiedlungsförderung primär auf regio-

²² Die Präferenz der Länder für die Investitionszulage ist vor allem darauf zurückzuführen, dass dieses Instrument als Steuervergünstigung behandelt wird, so dass über die Mechanismen des Länderfinanzausgleichs vor allem die finanzstarken westdeutschen Länder die Investitionszulagen finanzieren. Die zuweilen vorgebrachten inhaltlichen Argumente (Stärkung der Eigenkapitalbasis, unbürokratisches Antragsverfahren) sind zwar in sich schlüssig, können aber die der Zulage inhärenten Nachteile nicht aufzuwiegen.

nal abgegrenzte Wachstumspole abzielt: Die Wahl eines geeigneten Unternehmensstandorts sollte grundsätzlich den Unternehmen überlassen bleiben und nicht durch differierende Fördersätze verzerrt werden, was für prinzipiell gleiche Förderbedingungen in allen Regionen eines Landes spricht. Dies impliziert, dass die bisherige Differenzierung nach A- und B-Fördergebieten in der GAFörderung für die neuen Länder aufzugeben wäre. Da freilich die Standortbedingungen in den potentiellen Wachstumspolen im Regelfall günstiger ausfallen als in den peripheren Regionen, beinhaltet dies durchaus eine Bevorzugung der Agglomerationszentren – allerdings auf eine Art und Weise, die Unternehmen nicht dafür bestraft, wenn sie ihren Standort anderswo nehmen wollen.

Zweiter wichtiger Schwerpunkt einer wachstumsorientierten Förderpolitik für die neuen Länder ist die *Innovationsförderung*. Zwar spricht wenig dafür, technologiepolitische mit regionalpolitischen Zielen zu vermengen: Maßnahmen, die der Förderung des technologischen Fortschritts dienen sollen, sollten nach Möglichkeit dort ansetzen, wo die Chancen hierfür besonders gut sind, also die technologisch führenden Forschungseinrichtungen und Unternehmen ansässig sind. Regionalpolitische Erwägungen sollten dabei unberücksichtigt bleiben. Dies spricht auch gegen die in allen ostdeutschen Ländern festzustellende Tendenz, bestimmte „Modetechnologien“ besonders zu fördern. Dennoch lässt sich die Innovationsförderung auch für regionalpolitische Ziele einsetzen, denn gerade für die bestehenden ostdeutschen Unternehmen mit Orientierung auf die überregionalen Märkte stellt eine verstärkte Innovationsorientierung einen wesentlichen Wettbewerbsfaktor dar. Gleichzeitig stößt die Finanzierung von Forschungsaktivitäten über den Markt hier auf besondere Schwierigkeiten, weil die meisten Unternehmen relativ klein sind und deswegen nur geringe Möglichkeiten der Risikostreuung bieten und potentielle Kreditgeber die Erfolgsaussichten von Forschungsprojekten häufig nicht richtig einschätzen können. Eine möglichst verzerrungsfreie

Innovationsförderung – beispielsweise durch steuerliche Erleichterungen für Innovationsaufwendungen – könnte daher ein Ansatzpunkt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen darstellen. Damit würde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass mittlerweile weniger die Modernität und Größe des Kapitalstocks als vielmehr die Modernisierung der Produktpalette das größte Hemmnis für vermehrten Absatz darstellt.

Allerdings zeigen Evaluationsuntersuchungen, dass trotz intensiver Förderung die „Innovationseffizienz“ in den ostdeutschen Unternehmen bislang deutlich hinter westdeutschen Vergleichswerten zurückliegt.²³ Dies äußert sich darin, dass die Umsetzung von Innovationsaufwendungen in Markterfolge mit neuen Produkten oder Kostensenkungen bislang nur unzureichend gelingt. Hieraus folgt, dass die Förderung stärker auf marktnahe Innovationen ausgerichtet und gegebenenfalls die Markteinführung als zusätzliches Förderziel definiert werden sollte.

Ein weiterer Ansatzpunkt regionaler Wirtschaftspolitik ist die in jüngster Zeit zunehmende Aufmerksamkeit erfahrende „*Clusterförderung*“. Hierbei geht es darum, Vernetzungen von Unternehmen und/oder Forschungseinrichtungen zu unterstützen, um damit die regionale Wirtschaftskraft zu fördern. Hintergrund ist die Erkenntnis, dass Unternehmen nicht als isoliert agierende Einheiten zu betrachten sind, sondern stets in ein Geflecht von Zulieferern und Abnehmern eingebunden sind. Je stabiler diese Netzwerke sind, um so höher ist gemeinhin auch die Wirtschaftskraft der beteiligten Partner, da Transaktionskosten bei der Suche nach neuen Partnern gespart werden und gegenseitige Wissens-Spillovers ausgenutzt werden können. Gerade Innovationsaktivitäten werden

²³ DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW, Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland, IWH-Sonderheft 7/2003.

durch derartige Netzwerke²⁴ begünstigt, weshalb in den letzten Jahren auch eine Reihe von Förderprogrammen aufgelegt wurden, die auf eine projektbezogene Kooperation von Unternehmen und/oder Forschungseinrichtungen abzielen. Nicht zuletzt deswegen ist die Einbindung ostdeutscher Unternehmen in Kooperationsnetzwerke in den letzten Jahren deutlich gestiegen und übertrifft heute sogar die Kooperationsintensität westdeutscher Unternehmen.

Es liegt nahe, zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft auch künftig auf derartige Netzwerkbildungen zu setzen. Allerdings stellt sich das Problem, wie eine Clusterförderung operational ausgestaltet werden soll. Wenn die Einbindung in ein Netzwerk für die beteiligten Partner von gegenseitigem Nutzen ist, wird es nämlich auch ohne staatliche Interventionen zur Clusterbildung kommen; wenn dieser Nutzen hingegen nicht erkennbar ist, sind auch entsprechende staatliche Initiativen kaum erfolgversprechend. Sinnvoll sind diesbezügliche Förderprogramme daher nur, wenn es darum geht, die anfänglichen Anlaufkosten einer verstärkten Kooperation für die Beteiligten zu verringern, also zum Beispiel durch die temporäre Finanzierung von Cluster-Managern oder die Bereitstellung von Infrastrukturen zur Partnerfindung. Hierbei sollten bereits vorhandene Cluster-Ansätze eine Leitlinie für die Auswahl zu fördernder Projekte darstellen, was impliziert, dass damit vor allem die weitere Stärkung schon erkennbarer technologischer oder branchenspezifischer Schwerpunkte in einer Region gefördert wird, nicht aber das Entstehen gänzlich neuer Cluster. Langfristig erfolgreich werden solche Förderprogramme aber nur sein, wenn nach Überwindung der

²⁴ Die Begriffe Cluster und Netzwerke werden hier synonym verwendet; tatsächlich gibt es Unterschiede zwischen beidem, die in der Intensität und Stabilität der gegenseitigen Beziehungen begründet liegen. Vgl. zu einer Definition J. Günther, Innovation cooperation in East Germany – only a half way success? IWH-Diskussionspapier 170/2003.

Anfangsphase die beteiligten Akteure bereit sind, die Kosten einer Fortführung des Netzwerks aus eigenen Mitteln zu tragen.

Darüber hinaus stellt – gerade wegen der demographischen Herausforderungen und der Probleme, die die zunehmende Konkurrenz von Niedriglohnstandorten mit sich bringt – der *Bildungsbe- reich* einen immer wichtiger werdenden Einflussfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Wegen der absehbaren Verknappung gut qualifizierten Fachpersonals kommt dabei nicht nur der Grund- und beruflichen Anfangsausbildung, sondern auch der Weiterbildung für bereits beschäftigte Arbeitnehmer besondere Bedeutung zu. Die Länder, in deren Obhut die Schul- und Hochschulausbildung liegt, sollten hier effizientere Strukturen anstreben, zum Beispiel durch Verkürzung der Schulausbildung, durch Ergänzung der Lehrpläne durch anwendungsbezogene Inhalte, durch Verbesserung der Qualifikationen des Lehrpersonals. Zudem könnten die Hochschulen ihre Leistungsangebote um Angebote der Weiterbildung ergänzen. Dabei sollten im Übrigen auch Studiengebühren als ein Weg zur Verbesserung der Finanzlage der staatlichen Hochschulen und Zulassung privater Hochschulen als wettbewerbsförderndes Element kein Tabu sein.

Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen können darüber hinaus direkte Impulsgeber für die wirtschaftliche Entwicklung in einer Region sein. So können bei entsprechender Spezialisierung von Forschungseinrichtungen nicht nur qualifizierte Forscher und Studenten für die Region gewonnen werden, sondern auch Ausstrahleffekte für die regional ansässige Wirtschaft erzeugt werden, so durch verstärkte Kooperation zwischen Forschung und Unternehmenssektor. Auch hier gilt aber, dass derartige Institutionen nur dann wirklich erfolgreich sein können, wenn die Rahmenbedingungen des Umfeldes stimmen. Es macht daher wenig Sinn, in jeder Region eine Fachhochschule oder ein

Forschungsinstitut ansiedeln zu wollen; am ehesten werden hierfür dann die ostdeutschen Großstädte in Frage kommen.

Weiterhin kann die Landespolitik durch Abbau überflüssiger Bürokratie und *Liberalisierung* hemmender Regulierungen für zusätzliche Freiräume für die Wirtschaftssubjekte sorgen. Wenig Handlungsspielräume bestehen dabei bei Regelungen, die von Bund oder EU vorgegeben sind und von den Ländern umgesetzt werden müssen; hier kann es sich im Wesentlichen nur um Aspekte des Bürokratieabbaus handeln, sieht man einmal von Möglichkeiten einer Beeinflussung der Bundesgesetzgebung ab. In einer Reihe von Bereichen können rechtliche Rahmenbedingungen von den Ländern (oder gar von den Kommunen) aber durchaus auch selber bestimmt werden – und hier sollte nach Möglichkeit eine echte Deregulierungsoffensive eingeleitet werden. Dies ist besonders deswegen wichtig, weil es angesichts zunehmender Mittelknappheit in den öffentlichen Haushalten und der Konkurrenz durch andere attraktive Standorte immer schwerer wird, Standortvorteile durch finanzielles Engagement zu erzeugen. Deregulierung und Bürokratieabbau – so im Umwelt-, Bau- oder auch Planungsrecht – stellen in diesem Sinne vergleichsweise kostengünstige Mittel dar, derartige Standortvorteile zu schaffen. Die Einführung von Experimentierregionen und Öffnungsklauseln hingegen, deren Dauerhaftigkeit nicht garantiert ist, wird vermutlich nur geringe Wirkungen haben.

Schließlich können Impulse für die Regionalentwicklung auch dadurch gesetzt werden, dass Bund und Länder *Behördenstandorte* nicht in Berlin bzw. der jeweiligen Landeshauptstadt zentralisieren, sondern – soweit die räumliche Nähe zur Ministerialverwaltung nicht erforderlich ist – in den peripheren Regionen ansiedelt. Hierfür kommen vor allem Ämter wie Landesrechnungshöfe, Statistische Ämter oder auch Gerichte in Frage. Genauso gut ist es aber auch denkbar, dass derzeit noch dezentral in den einzelnen

Landkreisen vorhandene Behörden – wie z.B. Finanzämter – zusammengefasst und in strukturschwachen Regionen angesiedelt werden.

Von herausragender Bedeutung für die Regionalentwicklung sind indes die Akteure „vor Ort“, also die Vertreter der Kommunen, Verbände und nicht zuletzt engagierte Einzelpersonen in den einzelnen Regionen. So kommt die jüngste Umfrage „Perspektive Deutschland 2020“ recht eindeutig zu der Schlussfolgerung, dass erfolgreiche Regionen vor allem durch starke Führungspersönlichkeiten in Unternehmen und öffentlicher Verwaltung und Politik charakterisiert sind.²⁵ Diese sollten nach Ansicht der Befragten vor allem die Vernetzung von Wirtschaft, Verwaltung und Politik voranbringen und nach Möglichkeit auch überregionale Kooperationsbeziehungen anstreben. Leider wird es aber wohl gerade im Bereich der Kommunalpolitik häufig schwierig sein, entsprechendes Engagement auch zu erzeugen, gerade in Regionen, in denen die fähigsten und kreativsten Einwohner mangels Zukunftsperspektiven ihr Heil anderswo gesucht haben. Ohnehin scheinen diese Empfehlungen stark auf aktuelle Probleme gemünzt zu sein, während die schwieriger zu lösenden Probleme in den mittel- und langfristigen Herausforderungen der sich verschlechternden demographischen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen liegen dürften.

In strategischer Hinsicht kommt den regionalen Akteuren vor allem die Aufgabe zu, Entwicklungskonzepte für ihre Regionen zu konzipieren. Dies werden sicher High-Tech- und dienstleistungsorientierte Strategien in den Ballungszentren sein, die hierfür die notwendigen Voraussetzungen aufweisen, wie eine hohe Einwohnerdichte, die Existenz von Forschungs- und Bildungseinrichtungen oder eine günstige Verkehrsanbindung auch an die Wirtschaftszentren in Westdeutschland und im Ausland. In den

²⁵ Vgl. Projektbericht Perspektive – Deutschland 2004/2005.

eher peripher gelegenen Regionen ist es hingegen wenig aussichtsreich, sich auf derartige High-Tech-Strategien zu konzentrieren; hier liegt die Chance vor allem darin, sich im Rahmen einer funktionsräumlichen Arbeitsteilung auf Nischen zu spezialisieren, die von den Zentren nicht oder weniger gut ausgefüllt werden können. So können sich Regionen zwischen den Zentren auf Dienstleistungsfunktionen für die Zentren konzentrieren (also z.B. Naherholung, Wohnfunktionen oder auch Wellness und Gesundheit), in anderen werden sich hingegen aufgrund der Ausstattung mit natürlichen Potentialfaktoren vor allem flächenintensive Produktionen wie die Landwirtschaft ansiedeln. Ein Blick in vorhandene Entwicklungskonzepte zeigt, dass hier nicht immer Realitätssinn vorherrscht. So wird man in landschaftlich wenig reizvollen Regionen kaum auf touristische Nachfrage setzen können, und auch die häufig geäußerte Hoffnung auf arbeitsteilige Prozesse mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten sind nicht unbedingt erfolversprechend, wenn auch jenseits der Grenze strukturschwache und bevölkerungsarme Gebiete vorherrschen oder die infrastrukturelle Anbindung (Grenzübergänge) fehlt. Es ist daher darauf zu achten, dass derartige Konzepte keine Visionen, sondern umsetzbare Vorstellungen beinhalten. Dennoch ist gerade in dieser Hinsicht oftmals auch mehr Phantasie gefragt.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Notwendigkeit regionaler Kooperation zu verweisen. Vielfach herrscht gerade auf kommunaler Ebene ein „Kirchturmdenken“ vor, was aus individueller Sicht verständlich ist, jedoch nicht als ein Zeichen von Professionalität und Ernsthaftigkeit angesehen werden kann. So ist es beispielsweise bei der Attrahierung von Investoren eher zweitrangig, in welchem Landkreis oder in welcher Kommune diese sich niederlassen, solange Ausstrahleffekte in die Umgebung durch Pendlerbewegungen oder sich entwickelnde Lieferverflechtungen möglich sind, und auch beim Ausbau vernetzender Infrastrukturen sollten begrenzte kommunale Interessen hintange-

stellt werden. Besonders kritisch ist dabei vielfach auch die Investorenwerbung zu sehen: Gerade für die Außendarstellung einer Region ist es wenig hilfreich, wenn verschiedene lokale Institutionen gegeneinander antreten, denn für Außenstehende ist es im Regelfall nicht erkennbar, wer jeweiliger Ansprechpartner bei der Suche nach konkreten Problemlösungen ist. Dies gilt im Übrigen auch für die Länderebene, die sich weit stärker als bisher in der gemeinsamen Vermarktung des Standorts Ostdeutschland engagieren sollte.

Ähnliche Kooperationen sollten auch grenzübergreifend stattfinden, wobei nicht nur an Landesgrenzen, sondern auch an Staatsgrenzen zu denken ist. Gerade hier sind die Kooperationsschwierigkeiten aber besonders groß, vor allem dann, wenn nicht nur Unterschiede in den jeweiligen Rechtsverordnungen zu beachten sind, sondern auch unterschiedliche Sprachräume eine Zusammenarbeit erschweren oder historische Erfahrungen zu Vorurteilen gegenüber dem jeweiligen Partner führen. Hier sind Maßnahmen zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses wie z.B. Jugendaustauschprogramme, Städtepartnerschaften, Sprachkurse u.ä. sinnvoll, wenngleich diese nach aller Erfahrung nur langfristig zu Erfolgen führen können. Gerade für die peripheren Regionen an der polnischen oder tschechischen Grenze sollten solche Programme besonders hohen Nutzen bringen, da die Integration der Wirtschaftsräume beiderseits der Grenze bislang noch nicht besonders weit vorangekommen ist.

5. Fazit

Die Analysen dieses Beitrags haben zwar gezeigt, dass die wirtschaftlichen Perspektiven Ostdeutschlands unter Status-quo-Bedingungen nicht besonders gut einzuschätzen sind. Gleichwohl besteht kein Grund zu Resignation und Hoffnungslosigkeit. Zum Einen werden Marktprozesse zu neuen, heute noch nicht unbedingt erkennbaren Formen der Arbeitsteilung führen, zum Anderen bieten sich der Politik eine Reihe von Ansatzpunkten, den pessimistischen Vorhersagen der gesamtwirtschaftlichen und der regionalen Entwicklung entgegenzuwirken. Noch hat es die Politik in der Hand, durch Gestaltung der Rahmenbedingungen die wirtschaftliche Entwicklung zum Besseren hin zu wenden. Dabei ist es von Vorteil, dass die wesentlichen Rahmendaten bereits heute klar erkennbar sind, nämlich die Schrumpfung bzw. Alterung der Bevölkerung auf der einen Seite und die Rückführung der Transferleistungen im Solidarpakt II auf der anderen Seite. Da auch die zeitliche Dimension von demographischer und finanzpolitischer Entwicklung weitgehend klar ist, lassen sich bereits heute entsprechende Maßnahmen in die Wege leiten – in einem Sinne, der vor allem auf Anpassung an diese kaum mehr abzuwendenden Trends gerichtet ist. Dass dies in Teilbereichen mit einer Neudefinition der Rolle des Staates verbunden sein wird, lässt sich nicht verleugnen, öffnet aber auch Raum für private Initiative und ist insoweit durchaus nicht negativ zu werten.

Dies setzt aber voraus, dass die Politik sich weder einer Selbsttäuschung hingibt, noch den Bürgern Illusionen über die künftig notwendigen Anpassungsprozesse macht. Selbsttäuschung der Politik würde dazu führen, dass unnötig Zeit für drängende Reformschritte verloren ginge; eine Beschönigung der Probleme wiederum würde die Bereitschaft der Menschen unterminieren, diese Reformschritte auch mitzutragen. Folge würden erneut ent-

täuschte Erwartungen, zunehmende Politikverdrossenheit und damit erhöhte politische Instabilität sein. Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten den Menschen näher zu bringen und eine an den Realitäten orientierte neue Aufbruchstimmung zu erzeugen, das ist wohl die wichtigste Aufgabe, die die Politik in dieser Situation leisten muss.

6. Anhang:

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage in Ostdeutschland im Überblick

Die folgende Übersicht gibt einen synoptischen Überblick über mögliche Ansatzpunkte des Aufbau Ost. Die Darstellung ist weder vollständig noch in jedem Einzelfall unumstritten, sondern soll vor allem Denkanstöße liefern. Ein Teil der Vorschläge ist im Text näher ausgeführt.

Einzelbetriebliche Wirtschaftsförderung

- Konzentration der Investitionsförderung auf Neuansiedlungen von Unternehmen (Bund, Länder)
- Überführung der Investitionszulagenregelungen in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Bund, Länder)
- Ausweitung der GA-Förderung auf nicht primär kapitalorientierte Vorhaben (Bund, Länder)
- Fortführung der regionalpolitisch motivierten Innovationsförderung bei gleichzeitiger Berücksichtigung auch der Umsetzung von Innovationen in marktgängige Produkte (Bund, Länder)
- Einführung einer Innovationszulage als steuerliches Förderinstrument (Bund)
- Konzentration der Technologieförderung auf regionale Clusterstrukturen (Länder)
- Anschubfinanzierung von Netzwerkinitiativen (Bund, Länder)
- Evaluation von Fördermaßnahmen durch unabhängige Institutionen (Bund, Länder)

Raumordnung

- Überarbeitung des Systems zentraler Orte (Länder)
- Konzentration von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Zentren (Länder, Gemeinden)
- Ausbau der Verkehrswege zwischen Peripherie und Zentrum sowie der Zentren untereinander (Bund, Länder)
- Koordinierte Infrastrukturplanung von Bund und Ländern/ Erstellung von Prioritätenlisten (Bund, Länder)
- Erarbeitung regionaler Entwicklungskonzepte (Länder, Regionen, Gemeinden)
- Kooperation zwischen Kommunen/Regionen (auch länder- und staatenübergreifend) (Länder, Gemeinden)
- Kommunal- und Kreisgebietsreform (Länder, Gemeinden)

Infrastrukturausbau

- Ausbau der Verkehrswege zwischen Peripherie und Zentrum sowie der Zentren untereinander (Bund, Länder)
- Koordinierte Infrastrukturplanung von Bund und Ländern/ Erstellung von Prioritätenlisten (Bund, Länder)
- Zielgerichtete Mittelverwendung im Solidarpakt II (Länder), Einführung von Sanktionsmöglichkeiten bei nicht-zielkonformer Mittelverwendung (Bund, Länder)
- Fortführung der Investitionsprogramme des Bundesverkehrswegeplans (Bund)
- Stadtumbau (Bund, Länder, Gemeinden)
- Berücksichtigung von möglichen Nutzungsanpassungen öffentlicher Infrastrukturen aufgrund des demographischen Wandels (Bund, Länder, Gemeinden)

- Neuartige Finanzierungskonzepte (Public-Private-Partnership, nutzungsabhängige Gebührenfinanzierung) (Bund, Länder, Gemeinden)
- Berücksichtigung von Folgekosten bei Infrastrukturplanungen (Bund, Länder, Gemeinden)

Demographischer Wandel

- Vermeidungsstrategie
 - Einführung von Familiensplitting statt Ehegattensplitting (Bund)
 - Reform der Rentenversicherung zugunsten Familien mit Kindern (Bund)
 - Einführung von Familienwahlrecht/Kinderwahlrecht (Bund)
 - Beibehaltung bisheriger Standards in der Kinderbetreuung (Länder, Gemeinden)
 - Verbesserung der Qualität in der schulischen Ausbildung (Länder)
 - Ausweis von günstigem Bauland für Familien mit Kindern (Gemeinden)
 - Verbesserung der Arbeitsmarktsituation (Unternehmen)
 - verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Erhöhung der Geburtenzahlen (Bund, Tarifvertragsparteien, Unternehmen)
- Anpassungsstrategie
 - Verbesserung der Produktivität (Unternehmen)
 - Verbesserung der Aus-, Fort- und Weiterbildung (Bund, Länder)

- Wettbewerb im Schul-/Hochschulsystem durch Zulassung privater Anbieter (Länder)
- verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit (Bund, Tarifvertragsparteien, Unternehmen)
- Ausweitung der Lebensarbeitszeiten (früherer Berufseintritt/späterer Renteneintritt) (Bund)

Finanzpolitik

- anreizstärkende Reform des Länderfinanzausgleichs (Bund, Länder)
- zielgerichtete Mittelverwendung im Solidarpakt II (Länder), Einführung von Sanktionsmöglichkeiten bei nicht-zielkonformer Mittelverwendung (Bund, Länder)
- Definition von Korb 2 im Solidarpakt II (Bund)
- Umschichtung von konsumtiven zu investiven Ausgaben (Bund, Länder, Gemeinden)
- Erleichterung von Personalanpassungen im öffentlichen Dienst (Bund)
- Aufgabenverteilung zwischen staatlichem und privatem Sektor neu regeln (Bund, Länder, Gemeinden)
- Einführung innovativer Finanzierungsformen bei staatlichen Leistungsangeboten (public-private-partnership, nutzungsabhängige Gebühren) (Bund, Länder, Gemeinden)

Tarifpolitik

- produktivitätsorientierte Lohnpolitik (Tarifvertragsparteien)
- flexible Arbeitszeitmodelle in Tarifverträgen (Tarifvertragsparteien)
- bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Tarifvertragsparteien)

- stärkere Lohndifferenzierung nach relativen Knappheiten (Tarifvertragsparteien)
- Öffnungsklauseln zulassen (z.B. gewinnorientierte Lohnbestandteile) (Bund, Tarifvertragsparteien)

7. Weiterführende Literatur

DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW, Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftliche Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, IWH-Sonderheft 3/2002 (Überblick über die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern mit Schwerpunkt Regionalentwicklung und Verarbeitendes Gewerbe).

DIW/IAB/IfW/IWH/ZEW, Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftliche Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, IWH-Sonderheft 7/2003. (Überblick über die wirtschaftliche Situation in den neuen Ländern mit Schwerpunkt Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik).

Deutsche Bank Research, Perspektiven Ostdeutschlands, 15 Jahre danach, Aktuelle Themen Nr. 306, Frankfurt 2004. (Kritische Darstellung des derzeitigen Aufbaustands und Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern).

Dohnanyi, K.v./E. Most, Für eine Kurskorrektur des Aufbau-Ost, Manuskript, 10. Februar 2004,

<http://www.spiegel.de/media/0,4906,4026,00.pdf>.

(Kritische Situationsbeschreibung mit wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen).

Müller, U., Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005. (Kritische Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 1990-2005).

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2004/2005, verschiedene Abschnitte. (Analyse der regionalen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und wirtschafts- und finanzpolitische Empfehlungen).

Sinn, H.-W., Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung: Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder, in: ifo-Schnelldienst

26-27/2000, S. 10-22. (Analyse der wirtschaftlichen Probleme in den neuen Ländern im Jahre 2000).

DIFU (Hrsg.), Der Aufbau Ost als Gegenstand der Forschung, Forschungsprojekt ausgewählter Institute unter Leitung des Deutschen Instituts für Urbanistik (<http://www.difu.de>), Berlin 2004. (Darstellung des Forschungsstands 2004 in verschiedenen Bereichen des Aufbau Ost mit Schwerpunkt auf regionalwirtschaftlichen Fragestellungen).

Unter den deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten befasst sich vor allem das Institut für Wirtschaftsforschung Halle regelmäßig mit ostspezifischen Themen; Arbeiten werden überwiegend in der IWH-Zeitschrift „Wirtschaft im Wandel“ veröffentlicht (vgl. <http://www.iwh-halle.de>)

Der Autor

Dr. Joachim Ragnitz ist Leiter der Abteilung Strukturökonomik am Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ronny Heine

Koordinator Neue Länder

Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: 0 30/2 69 96-371 (ab 27. August: 0 30/2 69 96-33 71)

E-Mail: ronny.heine@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin